



57. Sitzung

Düsseldorf, Mittwoch, 14. März 2012

Mitteilungen des Präsidenten5689

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2012 (Haushaltsgesetz 2012)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/3400

Beschlussempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksachen 15/4000 bis 15/4007,
15/4010 bis 15/4015 und 15/4020

zweite Lesung

In Verbindung mit:

Finanzplanung 2011 bis 2015 mit Finanzbericht 2012 des Landes Nordrhein-Westfalen

Drucksache 15/3401

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 15/4111

Und:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2012 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 – GFG 2012)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/3402

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 15/4017

zweite Lesung

Sowie:

Gesetz zur Errichtung eines Fonds des Landes Nordrhein-Westfalen zur Umsetzung des Gesetzes zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspakts Stadtfinanzen (Stärkungspaktfondsgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/3427

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Kommunalpolitik
Drucksache 15/4215

zweite Lesung

In Verbindung damit außerdem:

Aufgabengerechte Finanzausstattung für die Kommunen in NRW

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/4230 5689

Gemeindefinanzierungsgesetz

In Verbindung damit:

Aufgabengerechte Finanzausstattung für die Kommunen in NRW

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/4230 5690

Bodo Löttgen (CDU)	5690
Michael Hübner (SPD)	5691
Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)	5693
Kai Abruszat (FDP)	5694
Özlem Alev Demirel (LINKE)	5696
Minister Ralf Jäger	5698
Bodo Löttgen (CDU)	5699
Michael Hübner (SPD)	5700
Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)	5701
Rüdiger Sagel (LINKE)	5701

Ergebnis5702

Einzelplan 03

Ministerium für Inneres und Kommunales

Theo Kruse (CDU)	5702
Thomas Stotko (SPD)	5704
Reiner Priggen (GRÜNE)	5707
Kai Abruszat (FDP)	5707
Anna Conrads (LINKE)	5709
Minister Ralf Jäger	5711
Ministerpräsidentin Hannelore Kraft	5712
Dr. Gerhard Papke (FDP)	5713
Karl-Josef Laumann (CDU)	5714
Wolfgang Zimmermann (LINKE)	5714
Norbert Römer (SPD)	5715
Reiner Priggen (GRÜNE)	5716
Ministerpräsidentin Hannelore Kraft	5716

Ergebnis5717

Namentliche Abstimmung
siehe Anlage

Marc Herter (SPD) (zur GeschO)	5717
---	------

Mitteilungen des Präsidenten5717

6 Organstreitverfahren der Fraktion DIE LINKE im Landtag Nordrhein-Westfalen gegen

1. die Landesregierung Nordrhein-Westfalen
2. den Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen wegen Verletzung des Vorherigkeitsprinzips (Art. 81 Abs. 3 Satz 1 LV NRW)

VerfGH 12/11
Vorlage 15/1073

Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses Drucksache 15/4177	5718
--	------

Ergebnis..... 5718

7 Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Behauptung des Kreises Soest und 16 weiterer Kreise und Städte, § 7 a Satz 2 bis 4 des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Nord- rhein-Westfalen in der Fassung des Zweiten Änderungsgesetzes vom 21.12.2010, GV.NRW. S. 692, verletze die Vorschriften der Landesverfas- sung über das Recht der gemeindli- chen Selbstverwaltung

VerfGH 13/11
Vorlage 15/1123

Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses Drucksache 15/4178	5718
--	------

Ergebnis..... 5718

8 Organstreitverfahren der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag ge- gen die Bundesregierung der Bundes- republik Deutschland wegen Verlet- zung des Frage- und Informations- rechts

2 BvE 7/11
Vorlage 15/1220

Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses Drucksache 15/4179	5718
--	------

Ergebnis..... 5718

9 Organstreitverfahren der Bundes- tagsabgeordneten Dr. Schick, Ströbe- le, Dr. Hofreiter, Hermann und der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Bundesregierung wegen Verletzung des Frage- und In- formationsrechts

2 BvE 2/11
Vorlage 15/1246

Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses Drucksache 15/4180	5718
--	------

Ergebnis..... 5718

10 Vereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Nordrhein-Westfalen zur Förderung der Forschung auf dem Gebiet der Bioökonomie

Vorlage
des Ministeriums für Innovation,
Wissenschaft und Forschung
gemäß § 10 Abs. 4 LHO
Vorlage 15/1173

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 15/42055719

Ergebnis5719

11 Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 4. Quartal des Haushaltsjahres 2011 sowie Überschreitungen unter 25.000 € im gesamten Haushaltsjahr 2011

Antrag
des Finanzministeriums
gemäß Art. 85 Abs. 2
der Landesverfassung
Vorlage 15/1303

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 15/42375719

Ergebnis5719

12 In den Ausschüssen erledigte Anträge

Übersicht 19
gemäß § 79 Abs. 2
der Geschäftsordnung
Drucksache 15/42385719

Ergebnis5719

13 Beschlüsse zu Petitionen

Übersicht 15/225719

Ergebnis5719

14 Nachwahl von einem ordentlichen und einem stellvertretenden Mitglied in den Rundfunkrat des Westdeutschen Rundfunks

Wahlvorschlag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/4292 5719

Ergebnis..... 5719

15 Sechstes Gesetz zur Änderung des Fraktionsgesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/4293

erste und zweite Lesung 5720

Ergebnis..... 5720

16 Antrag nach Artikel 35 Landesverfassung Nordrhein-Westfalen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/4290

Und:

Antrag nach Artikel 35 Abs. 1 der Landesverfassung

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/4291 5720

Ergebnis..... 5720

Anlage 5721

Namentliche Abstimmung über die Beschlussempfehlung Drucksache 15/4003 – TOP 1 (Haushalt 2012)

Entschuldigt waren:

Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren
(ab 16:30 Uhr)

Minister Harry Kurt Voigtsberger
(bis 12:30 Uhr)

Beginn: 10:04 Uhr

Präsident Eckhard Uhlenberg: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen, der 57. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung hat sich kein Abgeordneter bzw. keine Abgeordnete entschuldigt.

(Beifall von Michael Aggelidis [LINKE])

Geburtstag feiern heute Frau **Margret Vosseler** von der Fraktion der CDU – herzlichen Glückwunsch! –

(Allgemeiner Beifall)

und Herr **Ibrahim Yetim** von der Fraktion der SPD. Er wird 47 Jahre alt.

(Allgemeiner Beifall)

Herzlichen Glückwunsch und alles Gute im Namen der Kolleginnen und Kollegen!

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2012 (Haushaltsgesetz 2012)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/3400

Beschlussempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksachen 15/4000 bis 15/4007,
15/4010 bis 15/4015 und 15/4020

zweite Lesung

In Verbindung mit:

Finanzplanung 2011 bis 2015 mit Finanzbericht 2012 des Landes Nordrhein-Westfalen

Drucksache 15/3401

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 15/4111

Und:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2012 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 – GFG 2012)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/3402

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 15/4017

zweite Lesung

Sowie:

Gesetz zur Errichtung eines Fonds des Landes Nordrhein-Westfalen zur Umsetzung des Gesetzes zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspakts Stadtfinanzen (Stärkungspaktfondsgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/3427

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Kommunalpolitik
Drucksache 15/4215

zweite Lesung

In Verbindung damit außerdem:

Aufgabengerechte Finanzausstattung für die Kommunen in NRW

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/4230

Ich mache auf zwei **Änderungsanträge** der Fraktion der CDU in den Drucksachen 15/4286 und 15/4287 aufmerksam.

Ich möchte noch weitere Hinweise zum Ablauf der Beratungen geben:

Das im Ältestenrat vereinbarte Beratungsverfahren mit der Reihenfolge der zu beratenden Einzelpläne und den vorgeschlagenen Redezeiten können Sie der Tagesordnung entnehmen.

Nach Beendigung der Beratung über den Einzelplan erfolgt die Abstimmung über diesen Einzelplan. Liegt ein Änderungsantrag zu einem Einzelplan vor, wird zunächst über diesen abgestimmt.

ber eventuelle Änderungsanträge zum Haushaltsgesetz stimmen wir morgen vor der Gesamtabstimmung ab. Die Gesamtabstimmung über den Haushaltsplan 2012 in zweiter Lesung erfolgt eben-

falls morgen mit der Abstimmung über das Haushaltsgesetz und das GFG.

Zwischen 12:30 und 14:00 Uhr finden an beiden Tagen keine Abstimmungen statt. Die Haushaltsberatungen werden heute nach Beratung des Einzelplans unterbrochen und morgen fortgesetzt.

Wir kommen damit zum

Gemeindefinanzierungsgesetz

In Verbindung damit:

Aufgabengerechte Finanzausstattung für die Kommunen in NRW

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/4230

Ich gebe als erstem Redner dem Abgeordneten Löttgen von der CDU-Fraktion das Wort.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Bodo Löttgen (CDU): Schönen guten Morgen. Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Kommunen befinden sich in einer äußerst angespannten und schwierigen Finanzsituation: Fehlbeträge der Verwaltungshaushalte, Kassenkredite, Anzahl der Kommunen mit Haushaltssicherungskonzepten, fast alle Indikatoren auf Rekordniveau.

Diese Aussagen haben eine bedrückende Aktualität. Es sind jedoch die Einleitungssätze zum kommunalen Finanzbericht der rot-grünen Landesregierung aus dem Jahr 2003. Zur Erinnerung, meine Damen und Herren, auf der Düsseldorfer Regierungsbank saßen die Herren Steinbrück, Dieckmann und Kollege Behrens. In Berlin regierte Gerhard Schröder mit Finanzminister Hans Eichel.

Besondere Wertigkeit im Hinblick auf die immer wiederkehrenden rot-grünen Vorwürfe an die schwarz-gelbe Vorgängerregierung hat daher der folgende Hinweis, ebenfalls aus diesem Bericht. Ich zitiere:

Seit dem Sommer 2003 sind die Kommunen zudem, mit den sich konkretisierenden Plänen zum Vorziehen der gesetzlich bereits beschlossenen Steuersenkungen von 2005 auf 2004 konfrontiert. Dabei werden die meisten Kommunen den Weg einer zusätzlichen Kreditfinanzierung nicht beschreiten können.

Weil aber, meine Damen und Herren, das Finanzierungsdefizit der Kommunen in 2002 mit rund 2 Milliarden € das schlechteste Ergebnis seit sechs Jahren war, ist genau das damals passiert: Die Kassenkredite der Kommunen begannen rapide anzusteigen. Zu Beginn des Jahres 2001 noch 2,5 Mil-

liarden € über 4,7 Milliarden € in 2002 hatten sich die Kassenkredite nordrhein-westfälischer Kommunen am Ende der rot-grünen Regierungszeit am 30.06.2005 auf sage und schreibe 10,014 Milliarden € mehr als vervierfacht. Worte gab es aus berufenem rot-grünen Mund damals wie heute im Überfluss.

Aus Sicht der damaligen Landesregierung hätte dieser schleichende Skandal eigentlich gar nicht passieren dürfen. Der Gemeindefinanzbericht 2003 dazu: Wollte man für Konsumausgaben entstandene Fehlbeträge ganz oder teilweise mit Krediten refinanzieren, wäre dies mit dem geltenden Haushaltsrecht nicht vereinbar. Und weiter: Deshalb ist es unabdingbar, die weitere Entwicklung der Kassenkredite aufmerksam zu verfolgen und gegebene Möglichkeiten zur Rückführung der Kassenkreditschulden zu realisieren. Andernfalls – so sagten Sie damals – können gesetzgeberische Reaktionen angezeigt sein.

Meine Damen und Herren der Regierungsfractionen, Sie haben die Entwicklung weder aufmerksam verfolgt noch haben Sie Möglichkeiten zur Realisierung der Rückführung von Kassenkreditschulden genutzt,

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

und bei gesetzgeberischen Reaktionen bis heute vollkommene Fehlanzeige.

(Beifall von der CDU)

Kassenkredite, so schreibt der NRW-Städtetag im Finanzbericht 2010, sind Ausdruck eines Mangels der Vergangenheit, wie wahr. Wenn Sie, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen von SPD und Grünen in Zukunft also so freundlich wären, neben der Handlungsunfähigkeit der Jahre 2000 bis 2005 auch noch die Absenkung der Schlüsselmasse von 28,5 % auf 23 %, die Steuergeschenke der rot-grünen Bundesregierung zulasten der Kommunen und nicht zuletzt die dramatischen Auswirkungen der von Ihnen beschlossenen Sozialgesetze, Stichwort Hartz IV, als Grundsteine der heutigen kommunalen Finanzkrise und damit als hausgemachte eigene Fehler zu benennen, dann wäre ich Ihnen sehr dankbar.

(Beifall von der CDU)

Aber, meine Damen und Herren, ich wage die Prognose, dass der Verdrängungsprozess in den Köpfen, wie Nietzsche ihn beschrieben hat, bei Rot-Grün schon zu weit fortgeschritten ist. Das habe ich getan, ...

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Wer verdrängt denn da?)

– Herr Kollege Körfges, hören Sie doch einfach zu.

Das habe ich getan, sagt das rot-grüne Gedächtnis. Das kann ich nicht getan haben, sagt der rot-grüne

Stolz. Endlich gibt das Gedächtnis nach; das ist bei Ihnen schon lange passiert.

(Beifall von der CDU)

Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Zuschauertribüne, werden gleich erleben, dass die Gesundheitsminister der Regierungskoalitionen, an der Spitze der Kommunalminister, Ihnen versichern werden, die kommunale Finanzkrise habe erst 2005 begonnen, und von Landesseite sei nun alles Notwendige getan – bis auf einen kleinen Beitrag des Bundes bei den Soziallasten –, um die Lage auch wirklich in den Griff zu bekommen.

Im Gegenteil: Das ist nicht der Fall. Mehr Geld im Topf des GFG und ein selektiver und äußerst ungerecht empfundener Stärkungspakt obendrauf! Prima, und das Ganze auf Kosten der Steuerzahler, sprich auf Kosten von mehr Verschuldung des Landes! Mitnehmen, sagen die Kommunalpolitiker vor Ort, wenn es aus Düsseldorf Manna regnet, dann halten wir die Hände auf.

Der eigentliche Skandal Ihrer Gesetze, der vielfach übersehen wird, ist die Wirkung, die vielerorts die kommunale Selbstverwaltung bis ins Mark trifft, die Mandatsträger demütigt und demotiviert, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Kontext mit ihrer Bevölkerung vor unlösbare Aufgaben stellt, die nicht zu bewältigen sind.

In mehreren Briefen hat Ihnen, Herr Kommunalminister, und Ihnen, Frau Ministerpräsidentin, die SPD-Oberbürgermeisterin von Mülheim an der Ruhr, Dagmar Mühlenfeld, vorgeworfen, ich zitiere aus einem dpad-Bericht vom 06.12.2011:

Das Vorhaben von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft – gemeint ist der Stärkungspakt – treibe einen Keil in die kommunale Familie und unterscheide nach nicht nachvollziehbaren Kriterien zwischen notleidenden Kommunen erster und zweiter Klasse.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, ich werfe Ihnen vor, dass Sie genau diese Wirkung billigend in Kauf nehmen und durch die Änderungen am Gemeindefinanzierungsgesetz – noch einmal – bewusst und gegen jeden wissenschaftlichen Rat die Situation in den Kommunen anheizen. Diese kommunalen Missklänge sind Ihren Zwecken derzeit sehr dienlich, weil ein Kleinkrieg zwischen den kommunalen Spitzenverbänden, ein Auflehnen des kreisangehörigen Raumes gegen den Kreis von den eigentlichen Problemen und der Unfähigkeit dieser Regierung, wirksame, nachhaltige, transparente und gerechte Lösungsansätze zu entwickeln, trefflich ablenkt.

Am 12.10.2011 stellte Kommunalminister Jäger bei der Proessekonferenz zur Vorstellung des GFG 2012 fest – Zitat –: Für die Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen gilt daher in Anlehnung an Matthäus 7, Vers 16: An ihren Taten sollt ihr sie erkennen.

Aber wie so häufig hat der Meister des Auslassens und Verschweigens auch hier nur die Hälfte erzählt. Denn Matthäus 7, Vers 16 geht weiter. Es gibt noch einen Satz, Herr Minister, den Sie ganz bewusst ausgelassen haben. Der Satz wird – Zitat – fortgesetzt: Kann man auch Trauben lesen von den Dornen oder Feigen von den Disteln? – Das ist genau die Situation, meine Damen und Herren, wie sie die Kommunen derzeit empfinden.

(Beifall von der CDU)

Überschriften wie „Totengräber“ und „Aussaugen der Steuerzahler“, „Sodom und Gomorrha“ oder „Sie wehren sich mit Händen und Füßen“, bestimmen die Schlagzeilen in vielen Kommunen. Ich habe zwischenzeitlich Kenntnis von mehreren Berichten der Gemeindeprüfungsanstalt über sogenannte Abschlussberichte von Stärkungspaktkommunen.

Nicht genug damit, dass Sie 14 Stärkungspaktkommunen mit dem GFG 2012 die Schlüsselzuweisungen noch erheblich kürzen. Nein, jetzt wird verlangt, dass Rathäuser in noch zu schließende Schulen umziehen, dass ehrenamtliche Strukturen durch Gebührenbelastungen zerschlagen werden, dass Bürgerinnen und Bürger durch Vervielfachung der Grundsteuer B für Ihre Ratlosigkeit zahlen müssen. Mit diesen angeblichen Potenziallisten, meine Damen und Herren, werden Sie zum Totengräber der Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Sie werden zum Totengräber der kommunalen Selbstverwaltung. Es reicht, Herr Minister!

(Beifall von der CDU)

Einem Gemeindefinanzierungsgesetz, meine sehr geehrten Damen und Herren, das kommunale Finanznot an den entscheidenden Stellen verschärft statt zu bekämpfen, wird die CDU nicht zustimmen.

(Beifall von der CDU)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Löttgen. – Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Hübner.

Michael Hübner (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will mit Herrn Löttgen beginnen: Herr Löttgen, Ihre Analyse und die Beschreibung der Situation, warum wir eine Finanzlage haben, die in vielen NRW-Kommunen katastrophal ist, ist gar nicht so falsch. Wir haben im Übrigen nie bestritten, dass wir in der Vergangenheit weder im Bund noch im Land notwendige Schritte unternommen haben, um zu einer Verbesserung dieser katastrophalen Finanzlage zu kommen.

Nur, Herr Löttgen, müssen Sie sich auch an die eigene Nase fassen: Sie haben während Ihrer Amtszeit der vergangenen fünf Jahre nun wirklich überhaupt nichts dazu beigetragen, eine Verbesserung zu erzielen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wenn Sie heute negieren, dass wir nach Regierungsübernahme entscheidende Schritte unternommen haben, um die Finanzlage der kommunalen Familie zu verbessern, dann zeigt das auch, dass Sie heute nicht anerkennen wollen, dass wir ganz, ganz wichtige Meilensteine gesetzt haben.

Ich will Sie deshalb gerne noch einmal daran erinnern, dass wir schon rückwirkend für das Jahr 2010 im Rahmen des Aktionsplans Stadtfinanzen das GFG mit zusätzlich 300 Millionen € ausgestattet haben und damit zu einer Erhöhung gekommen sind.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Im Jahr 2011 gab es die Ergänzung des Landes – das war keine konjunkturbedingte Ergänzung – in Höhe von 324 Millionen €, die wir zusätzlich über das GFG zur Verfügung gestellt haben.

Das vergangene Gemeindefinanzierungsgesetz war mit knapp 7,8 Milliarden € schon das historisch höchste aller Zeiten. Wir legen heute ein Gemeindefinanzierungsgesetz vor, das mit 8,4 Milliarden € wiederum das historisch höchste aller Zeiten ist und vielen Städten und Gemeinden in unserem Land hilft.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Darüber hinaus haben Sie sich in der Vergangenheit in keinsten Weise konstruktiv gezeigt, wenn es – wie im Mai letzten Jahres – darum ging, die Verlängerung der Konsolidierungszeiträume in § 76 der Gemeindeordnung zu regeln. Sondern damals haben Sie – wenn ich mich recht erinnere – davon gesprochen, dass das nur der Anreiz dafür ist, dass die Kommunen weiterhin so schlecht mit dem Geld umgehen würden. Davon haben Sie damals gesprochen. Das ist letztlich nicht in Ordnung.

Wir haben im vergangenen Jahr den § 76 der Gemeindeordnung so verändert, dass es um realistische Konsolidierungszeiträume von im Grundsatz zehn Jahren geht. Im Grunde genommen könnten auch längere Zeiträume ermöglicht werden. Das ist auch ein Schritt gewesen, mit dem wir den rechtlichen Rahmen so angepasst haben, dass wir den Kommunen ein Ziel gesteckt haben, um aus ihrer miserablen Finanzsituation herauszukommen, das realistisch abgebildet werden kann.

Meine Damen und Herren, wir haben darüber hinaus im vergangenen Herbst bis in den Dezember hinein lange über einen ganz wichtigen Bereich diskutiert, der jetzt im Gemeindefinanzierungsgesetz nicht abgebildet wird. Es geht um unser Stärkungspaktgesetz.

Dort zeigt die Landesregierung erneut, dass wir kommunalfreundlich agieren und in einem ersten Schritt 34 Städten mit insgesamt auf zehn Jahre mit 3,5 Milliarden € helfen. Das ist ein richtiger Schritt in die richtige Richtung, weil wir verstanden haben,

dass es so wie in der Vergangenheit nicht weiter gehen konnte. Deshalb sind die 3,5 Milliarden € völlig gut investiertes Geld.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie haben vorhin davon gesprochen, es gebe keine Fundierung. Ich muss gestehen, dass ich nicht in der ifo-Kommission dabei war, weil ich noch kein Mitglied dieses Hauses war. Aber der ein oder andere aufseiten der CDU soll dabei gewesen sein. Da wurde ein Aspekt lang und breit diskutiert, nämlich der Soziallastenansatz. Von Herrn Schemmer wird gleich bestimmt wieder die Frage gestellt, ob dabei denn der Indikator richtig gewählt worden ist. Es gab keinen besseren. Außerdem ist es eine sogenannte Umbrella-Variante – um diese Frage einmal direkt zu beantworten –, den Soziallastenansatz entsprechend auf 15,3 Bedarfssatzpunkte nach oben zu setzen. Rechnerisch würde er in diesem Jahr sogar weit höher liegen. Nur: Warum machen wir das? Weil wir Planungssicherheit versprochen haben. Wir wollen Planungssicherheit für die Kommunen und möchten das auch im Gemeindefinanzierungsgesetz entsprechend abgebildet haben. Deshalb belassen wir es beim Soziallastenansatz bei 15,3 Bedarfssatzpunkten, wovon viele Städte mit ihren sozialen Verwerfungen profitieren.

Sie haben gerade auch die Hartz-Gesetzgebung angesprochen. Sie hat die Städte ebenfalls massiv belastet; da stimme ich Ihnen ausdrücklich zu. Deshalb ist es sinnvoll, mit dem, was das Land im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes tun kann, auch dort zu einem Ausgleich zu kommen. Das haben wir mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz in der jetzt vorliegenden Form auch verabredet.

Wir gewähren außerdem – das ist wahrscheinlich eine Einmaligkeit; ich wüsste nicht, dass eine andere Landesregierung das in Nordrhein-Westfalen schon einmal anerkannt hätte – eine einmalige Abmilderungshilfe, weil wir auch da Planungssicherheit für die Kommunen schaffen wollen. Den Kommunen soll klar sein: Wenn es zu plötzlichen negativen Umverteilungseffekten kommt, stehen wir als Land dafür gerade und wollen ihnen entsprechend helfen. – Der Kollege Hovenjürgen, der direkt neben Ihnen sitzt, Herr Löttgen, kommt ja aus der Stadt Haltern, die von der einmaligen Abmilderungshilfe profitiert. Darüber werden wir uns in der Zukunft auch unterhalten müssen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Einmalig, ja!)

– Ja, einmalig ist es angekündigt; das ist völlig richtig. Aber ich kann mich nicht daran erinnern, dass die schwarz-gelbe Landesregierung vorher bei irgendwelchen Verwerfungen überhaupt zu einer Abmilderungshilfe gekommen ist.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich möchte mich jetzt nicht weiter am Flächenansatz und am Demografiefaktor, der zusätzlich eingeführt

worden ist, abarbeiten, will hier aber ankündigen, dass wir das Gemeindefinanzierungsgesetz auch im jetzigen Stand weiter- und fortentwickeln werden.

Weil wir das in der Diskussion schon häufiger hatten, möchte ich auch noch einmal darauf hinweisen, dass wir natürlich anerkennen, dass es Rückbelastungseffekte gibt, die im kreisangehörigen Raum erneut zu Verwerfungen führen. Wir werden es uns für die kommenden Gemeindefinanzierungsgesetze vorbehalten, da zu entsprechenden Änderungen zu kommen.

Ich denke, dass wir insgesamt ein gutes Gemeindefinanzierungsgesetz vorgelegt haben, das noch einmal die kommunalfreundliche Haltung der Landesregierung unterstreicht. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Hübner. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eins vorweg – es wird nicht überraschen –: Wir werden dem Gemeindefinanzierungsgesetz in der vorliegenden Fassung zustimmen,

(Ralf Michalowsky [LINKE]: Ach!)

weil wir glauben, dass die Landesregierung ein außerordentlich gutes Gesetz vorgelegt hat,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das sehen wir ganz anders!)

das dazu führt, dass die schlimmsten Verwerfungen, die Schwarz-Gelb angerichtet hat, aufgefangen werden können, dass der Aufwuchs von Kassenkrediten abgebremst werden kann und dass mehr soziale Gerechtigkeit auch durch den horizontalen Gemeindefinanzausgleich in Nordrhein-Westfalen erreicht werden kann.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich bin schon schwer beeindruckt, Herr Kollege Löttgen, wie Sie hier Ihre Rede eingeleitet haben. Sie haben lang und breit vorgetragen, dass Steuersenkungen zu Beginn des letzten Jahrzehnts zu massiven Problemen bei den Kommunen geführt haben sollen, und sich darüber beschwert, dass das nicht in unser Resümee und in unsere Bilanz eingegangen ist.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Ihr wart doch beteiligt!)

Herr Kollege Löttgen, deswegen ist es ja auch konsequent, dass Sie jetzt erneut die Steuern senken, um die Kommunen noch mehr ins Verderben zu rei-

ten! Auf welchem Stern sind Sie an der Stelle eigentlich?

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Um noch eins hinzuzufügen, weil der Kollege Laumann das hier im Landtag dezidiert aufgeführt hat: Er ist für Steuersenkungen. Er ist dafür, dass nicht nur der Freibetrag freigestellt wird, sondern dass die Progression auch verschoben wird – völlig ohne Not und mit Kosten für dieses Land von zusätzlichen 400 Millionen €. Das ist Ihre politische Prioritätensetzung. Wenn Sie konsequent gewesen wären, hätten Sie das in Ihrem Haushaltsantrag im Haushalts- und Finanzausschuss aufgeführt. Dann wären nämlich Ihre Belastungen für den Landeshaushalt noch einmal um gut 0,5 Milliarden € nach oben geschneit.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Sie haben auch 2009 im Bundesrat zugestimmt – der ehemalige Ministerpräsident Rüttgers und auch Herr Wolf; verbunden mit einer großen Rede von Herrn Pinkwart –, dass die Steuersenkungen für Hoteliers richtig sind und zulasten des Landes gehen müssen, weil das die richtige Prioritätensetzung ist.

Das sind die Folgen, die wir hier im Land ganz konkret ausbaden müssen. Dafür tragen Sie die Verantwortung, Herr Löttgen. Es ist schon peinlich, dass Sie sich so hierhin stellen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Was ich mir auch verbitte, sind Vokabeln, mit denen diese Landesregierung, die trotz schwieriger Haushaltslage 1 Milliarde € zugunsten der Kommunen umgeschichtet hat, zu Totengräbern der kommunalen Familie erklärt wird. Da hört der Spaß in diesem Parlament absolut auf.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Bodo Löttgen [CDU] [ein Schriftstück hochhaltend]: Hier, lesen Sie das mal!)

Lassen Sie mich dann auch noch einmal deutlich machen, was im Gesetz tatsächlich steht. Darin stehen 350 Millionen € mehr für die Kommunen, eine klare Anpassung der Soziallasten sowie eine Umsetzung der Empfehlungen der ifo-Kommission. Die Punkte, zu denen die Kommission ein Gutachten vorgelegt hat, werden konsequent umgesetzt – sogar über das empfohlene Maß hinaus; denn wir haben versucht, einen Kompromiss zwischen kreisangehörigen Gemeinden und kreisfreien Städten zu schaffen. Der Flächenansatz war nicht zwingend vorgeschrieben, steht aber im Gesetz.

Trotzdem stellen Sie sich hierhin und fachen das Feuer zwischen kreisangehörigen Gemeinden, Landkreistag und Städten an. Das ist verwerflich. So etwas ist politischer Populismus und hat mit der Sache nichts mehr zu tun.

Ich möchte auch noch verdeutlichen, was hier parlamentarisch abgelaufen ist. In verschiedenen anderen Verfahren – das Stärkungspaktgesetz ist angeschnitten worden; wir haben heute die NKF-Reform auf der Tagesordnung stehen; in diesem Zusammenhang ist auch das Umlagegenehmigungsgesetz zu nennen – ist es uns gelungen, zusammen mit der FDP verschiedene – aus unserer Sicht sehr wichtige – Ansätze zur Konsolidierung der Kommunalhaushalte vorzulegen.

Ich gehe davon aus, dass die FDP dort zustimmt, und lade die FDP ausdrücklich ein: Seien Sie konsequent. Stimmen Sie auch dem Gemeindefinanzierungsgesetz und dem Einzelplan 20 zu. Nur dann entfaltet das, was Sie sich hier auf die Tagesordnung geschrieben haben, Wirkung. Da müssen Sie sich schon bewegen. Aber Sie müssen mit sich selbst ausmachen, warum Sie an der einen Stelle weit springen und sich an der anderen Stelle dann der Abstimmung verweigern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, auch Sie müssen nach vorne schauen. Sie predigen immer das Erreichen der Schuldenbremse und machen dann sehr wolkige Vorschläge. Unter anderem haben Sie vorgeschlagen, 4 % bei den Förderprogrammen zu streichen – wobei Sie nicht nur die originären freien Förderprogramme meinen, sondern bei allen Förderprogrammen mit einem Gesamtvolumen von 14 Milliarden € eine Kürzung um 4 % vornehmen wollen. In diesen 14 Milliarden € – das hat der Finanzminister ausgeführt – sind unter anderem 8,4 Milliarden € Gemeindefinanzierungsgesetz drin.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Gut aufpassen!)

Wollen Sie das Gemeindefinanzierungsgesetz um 4 % kürzen? Ist das die Politik, die die CDU hier auf den Tisch legen will?

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Oder wollen Sie das nicht? Dann werden aber aus 4 % pauschaler Kürzung ganz schnell 15 % pauschale Kürzung. Da sind aber auch das BAföG und andere verpflichtende Leistungen drin, die vom Bund gegenfinanziert sind. Wollen Sie den Kulturhaushalt komplett rasieren? Wollen Sie das hier politisch vortragen?

Um auf das Gemeindefinanzierungsgesetz zurückzukommen: Wir haben klare Prioritäten zugunsten der Kommunen gesetzt. Beim Kinderfördergesetz müssen wir jetzt im Rahmen von Konnexitätsgesprächen zu weiteren Zahlungen zugunsten der Kommunen kommen. Das haben wir politisch immer vertreten. Dort wird es auch eine Einigung geben. Ähnlich ist es bei den Einheitslasten und verschiedenen anderen Punkten, die zwischen Land und Kommune geklärt werden müssen.

Das haben Sie politisch immer abgelehnt. Sie mussten durch das Landesverfassungsgericht ge-

zwungen werden, hier Haltung zu zeigen. Sie sind dazu schlichtweg gerichtlich gezwungen worden.

Ich fasse zusammen: Wir haben morgen Abend in der Abstimmung die große Chance, einen Meilenstein zugunsten der Kommunen zu setzen durch das Gemeindefinanzierungsgesetz und verschiedene andere damit zusammenhängende Gesetze, auch das Stärkungspaktfondsgesetz. Ich werbe für eine Mehrheit in diesem Landtag.

Wenn Sie sich dem verweigern, tragen Sie Schuld daran, dass diese positiven Entwicklungen zumindest zwischenzeitlich einen Stopp erleiden. Sie müssen dann den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern vor Ort erklären, warum weiterhin eine andere Finanzierung stattfindet und warum die Konsolidierung, weil die CDU und andere sich verweigern, aus parteipolitischen Gründen ein Ende haben oder unterbrochen werden soll. Das ist das Resümee der heutigen Debatte.

Ich bitte darum, dass alle Kolleginnen und Kollegen diesem Gesetz zustimmen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Abruszat.

Kai Abruszat (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute ist ein denkwürdiger Tag.

(Zuruf von der SPD: Wohl wahr!)

Wir beraten das Gemeindefinanzierungsgesetz 2012.

(Minister Ralf Jäger: Schon deshalb ist es denkwürdig!)

Herr Kollege Mostofizadeh, Belehrungen über parteipolitische Spielchen, die Sie am Ende Ihrer Rede eben angestellt haben, verbitte ich mir für die FDP-Fraktion. Wir stimmen ab, so wie wir das für richtig halten, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von der FDP – Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Und wir werden, um es gleich vorweg zu sagen, das Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 ablehnen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Herr Kollege Löttgen, wenn Sie die Regierung in dem Zusammenhang zum Totengräber deklarieren, dann sollten Sie auch darauf achten, dass Sie nicht vielleicht in Zukunft mit solchen Totengräbern dieses Land regieren wollen, dann bleiben Sie auch konsequent bei Ihrer Haltung.

Meine Damen und Herren, zum Thema „Gemeindefinanzierungsgesetz“: Das Gemeindefinanzierungsgesetz hat in seiner heutigen Form ausgedient. Wir brauchen dringend einen Neustart. Und dazu brauchen wir einen fraktionsübergreifenden Konsens, den Sie offensichtlich nicht wollen.

Das GFG 2012 ist schon deswegen für sich genommen nicht akzeptabel, weil allein die Rekordsteuereinnahmen und die Abmilderungshilfe in diesem Jahr dazu führen, dass nur wenige Kommunen nennenswerte Verluste erleiden müssen. Bereits im nächsten Jahr wird das anders aussehen. Deswegen müssen wir zeitnah einen Prozess zur Reform des kommunalen Finanzausgleichs einleiten. Für die Dauer dieses Prozesses müssen wir sicherstellen, dass der Status quo der kommunalen Zuweisungen durch weitere Abmilderungshilfen beibehalten wird. Insofern, Herr Minister Jäger, liegt der Ball im Spielfeld des Kommunalministers,

(Minister Ralf Jäger: Nein, beim Haushaltsgesetzgeber!)

eine nachhaltige Entwicklung auch für die kommenden Jahre aufzuzeigen und nicht nur isoliert das GFG 2012 zu betrachten.

Eines ist doch klar – wir haben das in der Expertenanhörung mitbekommen –: Der Verteilungsmechanismus, den wir bisher hatten, funktioniert nicht mehr. Er führt zu abstrusen Ergebnissen. Es ist absolut ungerecht, dass dem kreisangehörigen Raum mit dem GFG 2012 schon wieder Mittel in Höhe von 100 Millionen € durch Umverteilung in die kreisfreien Städte entzogen wird. Innerhalb von nur zwei Jahren verliert der ländliche Raum dadurch rund eine Viertelmilliarde Euro. Das alles muss man bilanzieren und gehört zu einer ehrlichen Bewertung des GFG 2012 dazu.

Auch wir sehen die drängenden finanziellen Probleme der Städte im Ruhrgebiet, auch im Bergischen Land, im Bergischen Städtedreieck. Deswegen haben wir uns geschlossen für das Stärkungspaktgesetz, Herr Kollege Mostofizadeh, ausgesprochen. Wir sind keine Verweigerer. Wir sind diejenigen, die sich auch für die Fortentwicklung der NKF-Gesetzgebung sehr stark engagiert haben; das wissen Sie. Aber es darf nicht dazu kommen, dass die Finanzprobleme bestimmter Kommunen indirekt über den kommunalen Finanzausgleich angegangen werden. Wir alle wissen: Die GFG-Mittel sind knapp bemessen. Umso mehr müssen wir darauf achten, dass sie auch gerecht verteilt werden. Ich glaube, das ist ein ganz entscheidender Punkt. Denn auch im Sauerland, im Siegerland, im Münsterland und in Ostwestfalen leben Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, die auf leistungsfähige Kommunalverwaltungen und eine funktionierende Infrastruktur angewiesen sind. Darauf legen wir Wert.

Vor diesem Hintergrund halten wir es für unverantwortlich, die Verteilparameter des GFG gezielt in eine Richtung zu verstellen. Genau das, Herr Minister Jäger, sieht der GFG-Entwurf leider vor. Niemand kann mit reinem Gewissen behaupten, die geplanten Änderungen seien als Umsetzung der Ergebnisse der ifo-Kommission zu verstehen. Das ist nicht der Fall. Das wissen auch alle kommunalpolitisch Interessierten hier im Haus.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, von ganz besonderer Brisanz – darauf haben wir stets hingewiesen – ist die Anhebung des Soziallastenansatzes. In der GFG-Systematik wurde der Soziallastenansatz ursprünglich als Nebenansatz angelegt, der die Ausgaben für soziale Verpflichtungen von Kommunen berücksichtigen soll. Noch 2010 lag der Multiplikator für den Soziallastenansatz bei einem Wert von 3,9.

Mit dem GFG 2012 soll er nun einen Wert von 15,3 haben. Damit wird der einstige Nebenansatz zu einer Art Hauptansatz. Durch diesen werden dann mehr als 30 % der GFG-Mittel verteilt.

Meine Damen und Herren, diese krasse Fehlentwicklung kann ich jedenfalls für unsere Fraktion nicht befürworten. In der Expertenanhörung wurde der sachwidrige Umgang mit dem Soziallastenansatz insbesondere auch von einem Sozialdemokraten sehr scharf kritisiert, nämlich von dem Finanzexperten und ehemaligen SPD-Minister Prof. Deubel, der in seinem Gutachten zu dem Schluss kommt, dass die Zahl der SGB-II-Bedarfsgemeinschaften eben kein zulässiger Indikator für allgemeine Soziallasten ist. Zudem hat er zu unserer Überzeugung dargelegt, dass der Soziallastenansatz in Summe völlig übernivelliert ist.

Ebenso, meine Damen und Herren, verfahren Sie beim Schüleransatz. Zwar hat die ifo-Kommission grundsätzlich empfohlen, die bisherige Aufgliederung zu vereinfachen; allerdings erkennt die vorgenommene Differenzierung in Halbtags- und Ganztagschüler die besonderen Bedarfe beispielsweise der Förderschulen. Genauso werden im offenen Ganztag betreute Schüler als Halbtagschüler gewertet, obwohl die Aufwendungen hierfür eher dem Ganztag gleichzusetzen sind.

Hinzu kommt, dass das ifo-Gutachten für den Halbtagschüler einen Faktor von 1,2 und für den Ganztagschüler einen Faktor von 2,8 vorsah. Im Entwurf für das GFG 2012 hingegen ist für die Halbtagschüler nur ein Faktor von 0,7 vorgesehen, während die Ganztagschüler einen Faktor von 3,3 haben sollen.

Etablierte Schulformen wie Förderschulen und Gymnasien werden hierdurch für kommunale Entscheidungsträger unattraktiver. Auf diese Weise kann man eine Schulreform natürlich auch steuern – über das GFG. Das können wir als Freie

Demokraten unter keinen erdenklichen Umständen akzeptieren.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich auch noch über den Demografiefaktor und den Flächenansatz reden. Über die Einführung solcher Faktoren und Ansätze lässt sich fachlich sicherlich streiten.

Wir finden es gut, dass mit dem geplanten Flächenansatz die Probleme ländlicher Kommunen mit überproportional hohen Infrastrukturkosten endlich Berücksichtigung finden. Aufgrund der verschwindend geringen Bedeutung des Flächenansatzes im Gesamtsystem ist das allerdings nicht mehr als ein Feigenblatt, das Sie hier inszenieren. Denn den betroffenen Kommunen soll suggeriert werden, man habe an sie gedacht; tatsächlich wird der Nutzen aus dem Flächenansatz jedoch durch Verschiebungen an anderer Stelle weit überkompensiert.

Auch der Zentralitätsansatz folgt zwar einem gut gemeinten Gedanken; allerdings wurde dieser gutgemeinte Gedanke in der Vergangenheit nicht ausreichend kritisch hinterfragt. Der Zentralitätsansatz soll ja die Sonderbedarfe größerer Städte gegenüber kleineren Kommunen berücksichtigen. Dabei wird von der These ausgegangen, dass zentrale Orte die Funktion von Servicedienstleistern für das Umland übernehmen. Bislang ungeklärt ist aber die Frage, ob diese Mehraufwendungen nicht auf der anderen Seite durch Zentralitätsgewinne überkompensiert werden. Deswegen ist die einseitige Fokussierung auf die Mehrbelastungen zentraler Orte eine überdeckende Tatsache, da diese ihrem Umland erhebliche Kaufkraft und auch Gewerbesteuerpotenziale entziehen.

Vor diesem Hintergrund ist die vorgesehene Anhebung des Zentralitätsfaktors auf 0,65 äußerst fragwürdig. Die ifo-Kommission hat ja auch lediglich eine moderate Anhebung auf 0,3 empfohlen.

Meine Damen und Herren, es bleibt dabei: Das Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 ist in der vorliegenden Form für uns nicht zustimmungsfähig. Wir als FDP-Fraktion werden das Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 deshalb nicht mittragen.

Sie als Regierung tragen die Verantwortung dafür, dass die Kommunen bei der Gemeindefinanzierung 2012 nicht in der erforderlichen Form die Richtungsentscheidungen bekommen, die sie dringend brauchen. Da müssten Sie an vielen Stellen nachbessern. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Abrusatz. – Für die Fraktion Die Linke spricht Frau Abgeordnete Demirel.

Özlem Alev Demirel¹⁾ (LINKE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Jeder kennt die Schuldenuhr des Bundes der Steuerzahler. Nur wenige hingegen kennen die Vermögensuhr. Diese tickt aber viel schneller. Bund, Länder und Kommunen haben insgesamt 2 Billionen € Schulden. Dem stehen 5 Billionen € privates Geldvermögen gegenüber, also ca. das 2,5-Fache davon. Die oberen 10 % der Bevölkerung besitzen über 60 % dieses Vermögens. Sie sehen, Geld ist im Grunde genug da.

Doch wird hier statt über die Wiedereinführung der Vermögensteuer immer nur über die Schuldenbremse gesprochen. Der Haushaltsentwurf 2012 ist schon eindeutig auf die Einhaltung der Schuldenbremse orientiert. Die Schuldenbremse wurde im Bundestag mit den Stimmen der SPD verabschiedet. Sie hat sich damit selbst in die Sackgasse hineinmanövriert, die sie uns jetzt in den Haushaltsberatungen als Sachzwang darstellen möchte. Doch, meine Damen und Herren, das beeindruckt mich und meine Fraktion ganz und gar nicht.

(Beifall von der LINKEN)

Wir Linke wollen selbstverständlich auch nicht fortlaufend neue Schulden anhäufen.

(Zuruf von der SPD: Doch!)

Aber wir sagen: Schon durch eine bescheidene Besteuerung lediglich großer Vermögen, deren Einnahmen Ländern und Kommunen zufließen würden, könnten die Schulden problemlos abgebaut werden. Wir sagen: Eine Millionärsteuer ist die beste Schuldenbremse.

(Beifall von der LINKEN)

Meine Damen und Herren, es wird höchste Zeit, dass SPD und Grüne nicht nur schöne Worte von sich geben und Parteitagsbeschlüsse zur Vermögensteuer fassen, sondern auch endlich handeln und konkrete Vorstöße auf Bundesebene unternehmen. Solche Bundesratsinitiativen haben bis heute nicht stattgefunden.

(Beifall von der LINKEN)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung muss endlich einen Stufenplan vorlegen, wie der Anteil der Kommunen am Steuertopf des Landes, der sogenannte Verbundsatz, schrittweise wieder auf 28,5 % angehoben werden kann. Diese Forderung der Linken wird von einer breiten Öffentlichkeit geteilt. Ich möchte deshalb aus den Stellungnahmen zu der Anhörung zitieren:

„Der Landkreistag Nordrhein-Westfalen hält die stufenweise Anhebung des Verbundsatzes auf das früher gültige Niveau von 28,5 Prozent für sinnvoll und dringend geboten.“

Der Städte- und Gemeindebund NRW sieht die Anhebung – ich zitiere wieder –

„... auch in einem angemessenen Verhältnis zu dem Aufwandswachstum, das die Kommunen seit den 80er-Jahren vor allem im Sozialbereich schultern müssen.“

Der Städtetag sieht – ich zitiere wieder – in einer stufenweisen Anhebung des Verbundsatzes auf 28,5 % „einen weiteren Schritt zur Verbesserung der kommunalen Finanzsituation“.

Ver.di NRW fordert – ich zitiere wieder – die „stufenweise Anhebung der Verbundquote auf das Niveau vor 1985“. Ver.di führt weiter aus: „Für einen ersten Schritt“, den meine Fraktion beantragt, „bestünde angesichts der Steuermehreinnahmen“ in diesem Jahr „der finanzielle Spielraum“.

(Beifall von der LINKEN)

Das sehen wir genauso, meine Damen und Herren, wie ver.di NRW. Die Zuschussbedarfe der Kommunen haben seit den 80er-Jahren um rund 144 % zugenommen. Die verteilbare Finanzausgleichsmasse wuchs jedoch im gleichen Zeitraum nur um rund 30 %. Der Verbundsatz ist seit 26 Jahren auf dem gleichen Stand.

Hier muss endlich eine Perspektive für die Kommunen eröffnet werden, dass sie angemessen am Steuerverbund beteiligt werden, beginnend mit dem GFG 2012 und einem ersten Schritt von plus 2 %, was meine Fraktion beantragt. Dies ist auch eine unserer Hauptforderungen an den Haushalt 2012.

Meine Damen und Herren, in Sachen Kommunalfinanzen ist die Landesregierung zu Beginn ihrer Amtszeit mithilfe der Linken zaghafte Schritte in die richtige Richtung gegangen. Das hat den Kommunen rund 300 Millionen € mehr gebracht.

Doch jetzt macht die Landesregierung gleich mehrere Rollen rückwärts.

Erstens. Sie beschließt das unsägliche Stärkungspaktgesetz mithilfe der kommunalfeindlichen FDP, das eine IWF-Politik gegenüber den zwangsbeteiligten Kommunen umsetzt.

Zweitens. Sie enthält den Kommunen erneut Gelder durch den Vorwegabzug aus dem Topf des kommunalen Finanzausgleichs vor. Allein in diesem Jahr sind es 65 Millionen €. In den nächsten Jahren folgen weitere.

Drittens. Die Landesregierung weigert sich, den Kommunen einen angemessenen und höheren Anteil aus dem Steuertopf zu geben – trotz sprudelnder Steuermehreinnahmen. Das nimmt meine Fraktion so nicht hin.

(Beifall von der LINKEN)

Meine Damen und Herren, seit Monaten ist nicht nur auf dem Feld der Kommunalfinanzen, sondern allgemein ein Kurswechsel dieser Landesregierung zu beobachten. Diese Landesregierung vollzieht nun endgültig eine Abkehr von der Politik der vor-

sorgenden sozialen Investitionen, welche sie noch letztes Jahr propagiert hat und für die sie von uns Unterstützung erhalten hat und weiterhin erhalten könnte. Sie weigert sich, sprudelnde Steuermehreinnahmen für dringend nötige gesellschaftliche Investitionen einzusetzen. Noch nicht mal ein Sozialticket für 15 € flächendeckend in NRW wollen Sie einführen.

(Beifall von der LINKEN)

Sie wollen nicht dazu beitragen, dass wir bezahlbaren Wohnraum in NRW haben. Für die Qualität der Kinderversorgung möchten Sie sich auch nicht einsetzen.

Doch wenn es um Rettungsschirme für Banken und Großgläubiger geht, dann sind Sie auf allen Ebenen mit dabei: von Griechenland bis zur WestLB. Dafür sind die Kassen nie zu leer. Wenn es um Ihre Diäten geht, ist nichts zu anspruchsvoll.

(Beifall von der LINKEN)

Aber die Menschen von Athen bis Wuppertal haben angeblich über ihre Verhältnisse gelebt und sollen jetzt den Gürtel enger schnallen. Das machen wir nicht mit!

(Beifall von der LINKEN)

Da müssen Sie, werte Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, Ihre Mehrheiten woanders suchen. Wir werden den Haushalt, so wie er vorliegt, inklusive Gemeindefinanzierungsgesetz ablehnen. Die Landesregierung und alle anderen Parteien hier im Hause haben offenbar immer noch nicht verstanden, dass die Menschen die Nase voll haben von neoliberaler Politik, von Ausverkauf und Privatisierung öffentlicher Güter, von Lohndumping und Existenzunsicherheit.

(Beifall von der LINKEN)

Deswegen, meine Damen und Herren, haben sich in Griechenland, europaweit und international Krisenproteste entwickelt, sei es durch Aktionstage, Generalstreiks, Blockaden oder Massendemonstrationen.

Im Mai dieses Jahres wird es auch diverse Protestaktionen in Deutschland geben. Meine Fraktion steht an der Seite dieser Proteste. Ich lade Sie, meine Damen und Herren, ein, an diesen Protesten teilzunehmen.

Ich lade Sie von SPD und Grünen ein, Ihre vorsorgende soziale Politik in NRW zu machen. Wenn Sie Ihrer Programmatik und der sozialen Agenda, die Sie sich auf die Fahne geschrieben hatten, in Ihrer Politik tatsächlich weiter Ausdruck verleihen wollen, dann können Sie mit der Linken rechnen, aber nur dann. Sonst wird die Linke den Haushalt und das GFG heute und in der dritten Lesung ablehnen.

(Beifall von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Demirel, Herr Abruszat, Herr Löttgen, da Sie ja soeben nicht gerade Raketen gezündet haben, sondern eher Nebelkerzen geworfen haben,

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Rohrkrepiere!)

lassen Sie mich feststellen: Mit diesem GFG 2012 und seinen Vorgängern, mit dem Stärkungspaktgesetz hilft die Landesregierung den 396 Kommunen als verlässlicher Partner, ihre Finanzen wieder auf eine solide Grundlage zu stellen und kommunalpolitische Gestaltungskraft zurückzugewinnen. Wir beggenn als Landesregierung den Kommunen auf Augenhöhe. Wir kennen ihre Probleme. Das unterscheidet uns maßgeblich von Ihrer Vorgängerregierung, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir haben in den letzten zwei Jahren einiges getan – Herr Hübner hat schon darauf hingewiesen –, um die kommunale Finanzkraft in Nordrhein-Westfalen zu stabilisieren. Ich erinnere daran, dass wir allein im GFG 2010 300 Millionen € zusätzlich zur Verfügung gestellt haben – aus Befrachtungen, die Schwarz-Gelb in der Vergangenheit im GFG installiert hat. Um es klar zu sagen: Wir haben den Kommunen das Geld zurückgegeben, das Sie mit Ihren klebrigen Fingern denen damals weggenommen haben. Wir haben diese 300 Millionen € auch nicht nur einmal gezahlt. Wir haben sie über die Jahre verstetigt. Sie finden sich – das können Sie gerne nachlesen – auch im GFG 2012 wieder.

Aber wir haben in der Vergangenheit nicht nur mehr Geld gegeben, meine Damen und Herren, sondern wir haben vor allem auch den ordnungspolitischen Rahmen verändert, in dem Kommunen handeln müssen, und da, wo die Lage besonders schwierig ist, Kommunen in Nordrhein-Westfalen – wie in anderen Bundesländern übrigens auch – die Möglichkeit gegeben, ihren Haushaltsausgleich nicht schon in vier Jahren, sondern erst in zehn Jahren darzustellen, weil dies die Chance ist, mit anderen Instrumenten intelligente Konsolidierung anzugehen. Darauf haben die Kommunen in Nordrhein-Westfalen dringend gewartet.

Lassen Sie mich Folgendes in Richtung von Herrn Löttgen sagen: Sie haben breit dargelegt, wie aus Ihrer Sicht die Situation der Gemeindefinanzierung und der Gemeindefinanzierungsgesetze bis zum Jahre 2003 aussah. Herr Löttgen, man könnte den Verdacht haben, dass Sie in der Vergangenheit le-

(Lachen von Bodo Löttgen [CDU])

Man könnte auch den Verdacht haben, dass Sie, weil Sie die Zeit zwischen 2005 und 2010 gänzlich ausgeblendet haben, an einer gewissen partiellen Amnesie leiden.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Widerspruch von Bodo Löttgen [CDU])

Aber ich sage deutlich, dass Sie versäumt haben, Folgendes hier darzulegen – das kann ich menschlich verstehen, weil es so beschämend ist –:

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Zwischen 2005 und 2010 haben sich die Kassenkredite unter Ihrer Ägide in diesem Land mehr als verdoppelt,

(Bodo Löttgen [CDU]: Falsch! Falsch!)

inzwischen auf 20,5 Milliarden €. Das ist Ihre Erb-
last, Herr Löttgen.

(Beifall von der SPD)

Wenn Sie das sozusagen partiell nicht mehr wissen, es vielleicht politisch absichtlich verschwiegen haben, Herr Löttgen, dann ist das pharisäerhaft.

Damit sind wir beim Thema. Herr Löttgen, Sie haben aus dem Evangelium nach Matthäus zitiert.

(Zuruf von der SPD: Das ist nicht das Alte Testament!)

Ihre Bibelfestigkeit scheint da nicht ganz so ausgeprägt zu sein. Denn Sie haben übersehen, dass es in Mt. 5, 20 heißt:

„Denn ich sage euch: Wenn eure Gerechtigkeit nicht besser ist als die der Schriftgelehrten und Pharisäer, so werdet ihr nicht in das Himmelreich kommen.“

(Große Heiterkeit und lebhafter Beifall von der SPD – Heiterkeit und Beifall von den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben im Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 – das setzen wir im Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 fort – einen mutigen Schritt getan. Wir haben das korrigiert, was wir von der Vorgängerregierung vorgefunden haben, nämlich nicht nur, dass es für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen zu wenig Geld gab, sondern vor allem, dass es auch noch ungerecht verteilt war.

Ihnen von der Vorgängerregierung fehlte der Mut, die Verteilung des Geldes zwischen den Kommunen auf eine aktuelle, auf eine der Wirklichkeit entsprechenden Basis zu stellen.

(Beifall von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Stattdessen haben Sie Daten aus dem Jahre 1998 zugrunde gelegt, weil Sie nicht die Entschlusskraft hatten, weil Sie nicht die Gestaltungskraft hatten

und weil Sie auch nicht den Mut hatten, den Kommunen zu sagen, dass das gesamte Gemeindefinanzierungsgesetz auf tönernen Füßen stand und zu derben Ungerechtigkeiten zwischen den Kommunen geführt hat.

Das haben wir korrigiert. Und dazu stehen wir. Wir wollen, dass das Geld nach ihrer jeweiligen, individuellen, aktuellen und tatsächlichen Belastung an die Kommunen verteilt wird – nicht nach Potemkinschen Dörfern oder einer politischen Fassade, die Sie aufgebaut haben, weil Sie nicht den Mut hatten, das zu tun, was wir getan haben. Das aber war dringend notwendig. Das führt dazu, dass das Geld in Nordrhein-Westfalen zwischen den Kommunen wieder gerechter verteilt wird.

Sie wissen, dass wir das Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 nicht nur in der Frage der Aktualisierung von Daten, sondern auch inhaltlich verändert haben – auf der Grundlage des ifo-Gutachtens aus dem Jahre 2008 und auf der Grundlage der gemeinsam erarbeiteten Ergebnisse. Wir saßen in der letzten Legislaturperiode zusammen in der ifo-Kommission.

Weil wir darüber in den Beratungen – sowohl in der ersten Lesung als auch in den Fachausschüssen – schon so intensiv miteinander diskutiert haben, will ich es hier nur anreißen: Wir haben die Differenzierung des Schüleransatzes vorgenommen, Herr Abrusatz, weil sie dringend notwendig war, weil auch die Schülerkosten auf Datengrundlagen verteilt wurden, die nicht mehr stimmten.

(Beifall von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und von Ministerin Sylvia Löhrmann)

Wir berücksichtigen jetzt die unterschiedlichen Kosten zwischen Halbtags- und Ganztagsbeschulung.

Wir haben auch den Zentralitätsansatz verändert: Die Kommunen, die für ihr Umfeld Infrastrukturen vorhalten, partizipieren von den anderen. Darauf wird bei der Finanzverteilung geachtet.

Wir haben auch einen Demografiefaktor berücksichtigt. Denn in diesem Land gibt es Kommunen, die so schnell Bevölkerung verlieren, dass sie ihre Infrastruktur gar nicht anpassen können. Die sollen finanzielle Ausgleichs haben.

Ich sage es deutlich, Herr Abrusatz: Bei Ihrer Einschätzung, dass der Sozialansatz vom Neben- zum Hauptansatz geworden ist, gebe ich Ihnen gerne recht. Aber das ist die Wirklichkeit draußen: Unsere kommunale Familie ächzt unter den Soziallasten, die sie zu finanzieren hat,

(Zustimmung von der SPD)

etwa durch die Finanzierung von Langzeitarbeitslosen, die Kosten für die Eingliederung behinderter Menschen in dieser Gesellschaft oder die exorbitant steigenden Kosten für Jugendhilfemaßnahmen. – Das alles ist die Lebenswirklichkeit in den Kommu-

nen. Deshalb ist es richtig, diese Sozialkosten auszugleichen und damit den Soziallastenansatz zu erhöhen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Günter Garbrecht [SPD] an die Fraktion Die Linke gewandt: Da können Sie ruhig klatschen!)

Zur Höhe der Mittel dieses GFG will ich Folgendes sagen: Ich bitte Sie, trotz der Nebelkerzen, die Sie hier geworfen haben, wenigstens eine mathematische Tatsache anzuerkennen. Sie lautet: Wir wollen im Jahre 2012 8,4 Milliarden € an die Kommunen in Nordrhein-Westfalen ausschütten. Das sind 6,31 % mehr als im letzten Jahr – plus 350 Millionen € für den Stärkungspakt. So viel Geld hat noch keine Landesregierung in der Geschichte dieses Landes den Kommunen zur Verfügung gestellt. Diese mathematische Tatsache wäre wert, von Ihnen anerkannt zu werden.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Zu guter Letzt lassen Sie mich Folgendes sagen: Ich glaube, dass dieses GFG ausgewogen ist,

(Lachen von Josef Hovenjürgen [CDU])

dass es gerechter ist, dass es mehr Geld zur Verfügung stellt. Das ist dringend erforderlich, weil die Menschen in diesem Land spüren, dass mit dem Staatsaufbau und der Staatsfinanzierung etwas nicht mehr stimmt. Sie fahren über die Schlaglöcher in den Kommunen. Sie sehen, dass nicht immer sofort Ersatz da ist, wenn Unterricht in den Schulen ausfällt. Sie sehen – auch visuell –, dass die kommunale Infrastruktur zerfällt.

Wir haben uns dieses Problems angenommen. Ich will gar keine Schelte mehr gegenüber der Vorgängerregierung üben. Wenn Sie – zumindest einige von uns sind vor Ort zum Beispiel in Kreistagen, in Gemeindeparlamenten und Räten verankert – auch diesen Teil der Verantwortung als Politiker ernst nehmen, dann bleibt Ihnen, meine Damen und Herren, gar nichts anderes übrig, als diesem GFG zuzustimmen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Für die CDU-Fraktion spricht noch einmal der Abgeordnete Löttgen.

Bodo Löttgen (CDU): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was Sie gerade gehört haben, war das, was ich vorhergesagt habe. Das war jetzt aber schon Gesundheitsbeten 2.0. Das ist die Steigerung von Gesundheitsbeten. Das waren nicht mehr als Worthülsen, Schall und Rauch. Die Kommunalen in der kommunalen Familie haben ein hoch gesundes Gerechtigkeitsempfinden. Deshalb will ich aus einem Schrei-

ben des Dorstener Bürgermeisters Lambert Lütkenhorst an Herrn Minister Jäger zitieren:

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass Sie, Herr Minister Jäger, Ihre Zusagen einhalten werden, bevor – jetzt kommt es – die sozialen und kulturellen Strukturen unserer Städte völlig zerstört werden.

Das ist die Wirklichkeit in diesem Land, die Sie verleugnen!

(Beifall von der CDU)

Herr Hübner, einen letzten Satz zu Ihnen: Dorsten haben Sie mit Transparenz und Gerechtigkeit angesprochen. Dorsten, Herr Hübner, hat durch Ihr GFG in den letzten zwei Jahren 6 Millionen € verloren. Die bilanzielle Überschuldung tritt vier Jahre früher ein, als das unter unserer Regierung der Fall gewesen wäre.

Herr Jäger, Ihre Bibelzitate sind schlecht, sie bleiben schlecht, und den Kommunen bleibt am Ende tatsächlich nur die Hoffnung, dass es eine andere Landesregierung in diesem Land geben wird.

(Beifall von der CDU)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Löttgen. – Für die Fraktion der SPD spricht der Kollege Hübner.

Michael Hübner (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Löttgen, ich muss ein bisschen grinsen, weil Sie mich auf Dorsten, was Teil meines Wahlkreises ist, ansprechen.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

– Herr Hovenjürgen, ich bin wahrscheinlich häufiger da als Sie, was ich aber nicht in der Bewertung unterstellen möchte.

Herr Hovenjürgen, Sie waren neulich auch zugegen, als wir das Thema Kommunalfinanzen bei Lambert Lütkenhorst im Rathaus vor etwa 120 Leuten debattiert haben, und zwar zusammen mit Ihrem Kollegen Philipp Mißfelder aus dem Bundestag, mit Marco Buschmann von der FDP aus dem Bundestag; und auch die Landtagskollegen Engel und Mostofizadeh haben teilgenommen.

Ich will konstruktiv berichten: Wir haben am 29. Oktober 2010 in großer Einmütigkeit im Landtag einen Beschluss zu dem Thema „Eingliederungshilfe“ gefasst. Wir haben immer gedacht, der Bund sei bei dem Thema ein wenig sperrig. Dann aber berichtete Philipp Mißfelder aus dem CDU-Präsidium, dass die „Wiedereingliederungshilfe“ aufseiten der Bundes-CDU geregelt sei; die CDU werde das übernehmen, und das sei auch gar nicht infrage gestellt worden, Herr Hovenjürgen. – So wurde es gesagt. Da können Sie kaum gegenhalten.

Ebenso wurde in dieser Veranstaltung gesagt, die Eingliederungshilfe für unsere Kommunen sei quasi sichergestellt, was noch einmal eine nachhaltige Entlastung für die nordrhein-westfälischen Kommunen bringen würde. Und auch das, was in allen Räten landauf, landab beschlossen worden ist, nämlich die Gelder aus dem Solidarpakt Ost nicht mehr nach Himmelsrichtung, sondern nach Bedürftigkeit zu verteilen, sei auf der CDU-Seite offensichtlich geklärt.

Ich finde, das ist eine ganz hervorragende Lösung. Herr Mostofizadeh und ich haben uns angesehen und überlegt, in welcher Veranstaltung wir eigentlich seien. Wir hatten gedacht, es könnte da noch Konfliktlinien geben.

Die Stadt Dorsten ebenso wie die Stadt Haltern, aus der Sie kommen, Herr Hovenjürgen, und andere hätten diese Probleme dann gar nicht mehr. Das sind riesige Hilfen genauso – das will ich noch einmal als Replik auf Ihren ersten Beitrag sagen, Herr Löttgen – wie die bezüglich SGB XII-Grundsicherung mit der 1 Milliarde € ab 2014. Das ist eine erhebliche Entlastung, die wir den Kommunen angedeihen lassen.

Diese Entlastung ist nicht erreicht worden, weil der Bund zum Land Nordrhein-Westfalen so nett war, sondern die ist erreicht worden, weil wir unsere Verantwortung als Land übernommen haben und es darüber Gespräche geben musste. Darum ist die erreicht worden.

(Beifall von der SPD)

In dem Gespräch – wahrscheinlich hat Ihnen Herr Hovenjürgen davon nicht berichtet – ist das auch außerordentlich begrüßt worden. Natürlich hat niemand darauf hingewiesen, dass sich der Bund in seinem Beipackzettel zu Risiken und Nebenwirkungen ganz klar dahin gehend geäußert hat, dass er das nur einmalig und nur in diesem ganz besonderen Ausnahmefall machen möchte. Das bereitet uns bei der Eingliederungshilfe große Sorge, ob das überhaupt erzielt werden kann. Von daher sind wir für die Debatte in Dorsten, an der Sie auch teilgenommen haben, dankbar.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Ich will Ihnen dazu, wenn Sie das konkret an der Stadt Dorsten festmachen, sagen: Es ist und bleibt nicht richtig, dass die Stadt Dorsten vom GFG nicht profitiert. Die Stadt Dorsten profitiert vom Gemeindefinanzierungsgesetz ganz erheblich. Es geht dabei um einen Betrag, nämlich von rund 2 Millionen €. Aus dem Stärkungspaktgesetz bekommt die Stadt Dorsten rund 3 Millionen €. Das sind in der Summe 5 Millionen € an Hilfen.

Als Wahlkreisabgeordneter will ich betonen, dass mir das letztlich auch zu wenig ist. Aber man muss auch fragen, wie es um die Leistungsfähigkeit des Landes insgesamt bestellt ist.

Die Leistungsfähigkeit ist auch schon einmal geklärt worden, und zwar in einem Urteil anlässlich der Klage des Kreises Recklinghausen mit all seinen Städten – ich will Sie ausdrücklich noch einmal darauf hinweisen – gegen das Land. Der Verfassungsgerichtshof hat – erstens – den Soziallastenansatz so, wie eingeführt, als richtig erachtet – darauf hatte der Kreis Recklinghausen geklagt. Aber es sei – zweitens – dabei auch immer die generelle Leistungsfähigkeit des Landes zu berücksichtigen. – Das haben wir als Landespolitiker nicht in Abrede zu stellen, sondern das müssen wir entsprechend beachten. Das tun wir auch.

Ich will, wie eben schon Minister Jäger, sagen: Wenn wir 8,4 Milliarden € aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz, daneben 350 Millionen € Jahr für Jahr – insgesamt 3,5 Milliarden € – über das Stärkungspaktgesetz ausschütten, dann ist das eine ganz erhebliche Menge Geld, das wir den Gemeinden zur Verfügung stellen. Ich will die angekündigten Ablehnungen zum Anlass nehmen, um zu verdeutlichen: Das ist das Geld, das Sie den Kommunen vorenthalten wollen, meine Damen und Herren auf der Oppositionsbank.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, Ihre Zeit ist abgelaufen. Sie kommen bitte zum Schluss. Danke.

Michael Hübner (SPD): Ja. – Das ist letztlich nicht in Ordnung, weil wir vor dem Hintergrund der Verantwortung für die Kommunen zumindest in diesen Fragen eine große Einmütigkeit erzeugen müssen. Ich hatte in Richtung FDP auch angedeutet, dass wir das GFG entsprechend fortentwickeln werden. Die Veränderung, die ich sowohl im Ausschuss als auch im Landtag angedeutet habe, werden wir entsprechend fortentwickeln. Ich hoffe auf die konstruktive Mitarbeit von allen im Landtag vertretenen Parteien. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Hübner. – Für die Fraktion der Grünen hat sich noch einmal Herr Mostofizadeh zu Wort gemeldet.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich drei ganz kurze Bemerkungen machen.

Erste Bemerkung: Seit dem Regierungsantritt von Rot-Grün hat sich die kommunale Finanzsituation durch politische Entscheidungen einschließlich der Entlastung durch den Bund um 2 Milliarden € verbessert. Damit man die Entlastung von Bundesseite im richtigen Licht sieht, füge ich hinzu: Solange Wolf und Linssen in dieser Kommission gesessen hatten, hat man nur über die Abschaffung der Gewerbe-

steuer geredet. Seit Rot-Grün regiert, hat es die bundesseitige Entlastung gegeben, weil im Bundesrat nicht mehr durchgezockt werden kann.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Die zweite Bemerkung geht in Richtung FDP. Mir fällt es schon schwer, nachzuvollziehen, wie es Ihnen gedanklich gelingt, auf der einen Seite dem Stärkungspakt zuzustimmen und auf der anderen Seite das Gemeindefinanzierungsgesetz abzulehnen. Diese Dinge stehen in einem logischen Zusammenhang. Sie müssen klarziehen, welche politische Gesamthaltung Sie einnehmen wollen und das systematisch absichten.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Die letzte Bemerkung ist an Sie gerichtet, lieber Ralf Jäger. Ob ich in den Himmel will oder nicht, sei dahingestellt. Hier und heute sollten wir auf dieser Erde aber die richtigen Entscheidungen treffen. Deswegen muss das GFG durchkommen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Mostofizadeh. – Für die Fraktion Die Linke spricht nun Herr Sagel.

Rüdiger Sagel¹⁾ (LINKE): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! Gerechtigkeit sieht anders aus. Das spüren auch immer mehr Menschen hier im Land, in Nordrhein-Westfalen, aber auch in der Bundesrepublik. Sie protestieren gegen die herrschende Politik. Das muss man auch einmal sehr deutlich sagen.

SPD und Grüne verspielen sehr leichtfertig die Chance auf einen tatsächlichen Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der LINKEN)

Sie haben sich von der vorsorgenden Politik, die Sie noch vor anderthalb Jahren angekündigt haben, verabschiedet. Sie lassen dem Regierungswechsel keinen Politikwechsel folgen. Sie geben Signale an die radikale Kürzungspartei FDP, indem Sie schon die ersten Eckdaten des Haushalts 2013 vorstellen, der eine sehr eindeutige Richtung hat. Das soll an dieser Stelle auch einmal gesagt werden. Sie machen keinen sozial-ökologischen Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen. SPD und Grüne verspielen diese Chance, die sie mit uns hätten realisieren können.

(Beifall von der LINKEN)

Sie haben kein Zeichen gegeben, dass Sie eine sozialere Politik in Nordrhein-Westfalen machen wollen: für ein landesweites Sozialticket, für sozialen Wohnungsbau, für mehr Geld in Kindertagesstätten, für eine Qualitäts- und Quantitätsverbesserung. All diese Signale bleiben aus. Sie stellen einen Haus-

halt auf, der leider kein Fortschritt in diese Richtung ist.

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Sie verspielen die Zukunft des Landes.

Die Linke allein steht in Nordrhein-Westfalen für soziale Gerechtigkeit und den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge.

(Beifall von der LINKEN – Zurufe von der SPD)

Das ist die Realität. Wir haben als Einzige klare Forderungen auch für die Städte und Gemeinden formuliert, und zwar im Sinne dessen, was der Städte- und Gemeindebund und der Deutsche Städtetag gefordert haben. Sie ignorieren die Situation in den Städten und Gemeinden. Sie ignorieren, dass die Schere zwischen Arm und Reich in Nordrhein-Westfalen immer weiter auseinandergeht. Das ist die Realität.

„Original sozial auch nach der Wahl.“ Dafür steht allein Die Linke in Nordrhein-Westfalen. Statt endlich Bundesratsinitiativen für eine gerechtere Steuerpolitik zur Verbesserung der Einnahmenseite zu machen, setzen Sie perspektivisch auf eine radikale Kürzungspolitik.

(Beifall von der LINKEN)

Die Signale an die FDP sind sehr eindeutig.

(Heike Gebhard [SPD]: Nicht träumen, aufwachen!)

Deswegen kann ich Ihnen nur sagen: Wir als Linke werden geschlossen gegen dieses GFG und gegen diesen Haushalt stimmen. Wir haben Ihnen gute Chancen eingeräumt, diesen Haushalt gemeinsam mit uns zu machen. Sie haben die Chancen nicht genutzt. Sie haben sie verspielt. Deshalb gibt es eine klare Ansage von unserer Seite.

(Beifall von der LINKEN)

Glück auf!

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Sagel. – Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit sind wir am Schluss der Beratungen zum GFG.

Über das **GFG** entsprechend der **Beschlussempfehlung** stimmen wir morgen nach den Beratungen des Haushaltsgesetzes ab. Auch über die **Rücküberweisung** des GFG zur Vorbereitung der dritten Lesung werden wir **morgen** zusammen mit dem Haushaltsgesetz **entscheiden**.

Wir stimmen aber jetzt über den **Antrag** der Fraktion Die Linke **Drucksache 15/4230** – Aufgabengerechte Finanzausstattung für die Kommunen in NRW – ab. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des Antrags an den **Ausschuss für Kom-**

munalpolitik – federführend – sowie an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Damit kommen wir zur Abstimmung über diesen Antrag. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Die Fraktion Die Linke.

(Özlem Alev Demirel [LINKE]: Überweisung des Antrags! Das ist ein Antrag auf Überweisung! – Weitere Zurufe)

– Pardon.

Wer stimmt der Überweisung zu? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag einstimmig überwiesen.

Ich rufe nun auf:

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Kommunales

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 15/4003.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Kruse das Wort.

Theo Kruse (CDU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen, verehrte Kollegen!

(Unruhe – Glocke)

Die Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 2011 bis 2015 verdeutlicht schonungslos, dass der Haushalt des Landes erhebliche strukturelle Defizite aufweist. Die Landesregierung unternimmt nichts, um das strukturelle Defizit abzubauen und einen nachhaltigen Haushaltsausgleich zu erzielen.

Wir wissen alle, dass wir in außerordentlich schwierigen Zeitabläufen leben, dass wir uns in einer dramatischen Finanz- und Staatsschuldenkrise befinden. Vor diesem Hintergrund ist es aus Sicht der CDU-Fraktion dringend geboten, die zentralen und originären Aufgaben des Staates auf den Prüfstand zu stellen und in besonderer Weise in den Blick zu nehmen.

Sie, Herr Minister Jäger, als zuständiger Fachminister und die Sie tragenden Fraktionen tragen in besonderer Weise die Verantwortung für die innere Ordnung, für den inneren Zusammenhalt unserer Gesellschaft, für die Entwicklung der Gesamtkriminalität in dem gemessen an der Einwohnerzahl größten Bundesland Nordrhein-Westfalen.

Seit ihrer Regierungsübernahme haben die Landesregierung sowie die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen noch keinen einzigen strukturellen Sparvorschlag unterbreitet. Alle Vorgängerregie-

rungen in den Perioden seit 1995 haben in den Bereichen Verwaltungsstrukturreform, ressortübergreifende Binnenmodernisierung und Bürokratieabbau, die alle klassischerweise in Ihren Zuständigkeitsbereich gehören, Herr Minister Jäger, deutlich mehr Mut bewiesen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich erwähne dies deswegen, weil Sie, Herr Minister Jäger, für Verwaltungsstrukturveränderungen und Bürokratieabbau die Ressortverantwortung tragen und vor wenigen Wochen, nämlich am 20. Januar 2012, in der Antwort der Landesregierung Drucksache 15/3817 in aller Klarheit ausführen – ich darf mit Erlaubnis des Präsidenten zitieren – :

„Die Landesregierung beabsichtigt nicht, die von der Vorgängerregierung eingeleitete Verwaltungsstrukturreform fortzusetzen.“

Sie bekennen sich dort ausdrücklich zu den bestehenden Strukturen.

Wir sind alle gespannt, zu welchen Erkenntnissen, zu welchen Ergebnissen und vor allen Dingen zu welchen strukturellen Vorschlägen das berühmte Effizienzteam gelangt. Erste Berichte sollten ja schon lange vorliegen. Welchen Einfluss nehmen Sie eigentlich auf diese Entwicklung, Herr Minister Jäger?

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Kriminalitätsentwicklung ist ganz ohne Frage ein zentrales Politikfeld. Der Schutz und die Gewährleistung der inneren Sicherheit sind eine Kernaufgabe des Staates. Veränderungen, Verbesserungen und deutliche Erfolge können sich – das wissen wir alle – nur langfristig einstellen.

Ein schlüssiges Gesamtkonzept, mit welchen langfristig ausgerichteten Schritten und Maßnahmen Sie eine deutliche Verringerung der Straftaten und eine deutliche Verbesserung der Aufklärungsquoten erreichen wollen, Herr Minister Jäger, ist bei Ihnen und bei dieser Landesregierung bis heute nicht zu erkennen.

(Beifall von der CDU)

Am 12. Januar 2012 haben Sie im Innenausschuss die Eckpunkte des Einzelplans 03 mit einem Volumen von mehr als 4,8 Milliarden € erläutert. Beendet haben Sie Ihre Ausführungen mit der Anmerkung – auch hier darf ich mit Erlaubnis des Präsidenten aus dem Ausschussprotokoll 15/381 zitieren –:

„... können wir davon ausgehen, dass die Etatsansätze ... ausreichen, um das in Nordrhein-Westfalen von den Bürgerinnen und Bürgern erwartete Niveau auch in diesem Jahr zu halten.“

So Sie, Herr Minister Jäger. – Gehört zu dieser Erwartungshaltung der Bürgerinnen und Bürger Ihre Mitteilung von vorgestern, dass nach wie vor in Nordrhein-Westfalen nur jede zweite Straftat aufge-

klärt wird? Gehört zu diesem angesprochenen Niveau Ihre Empfehlung, Ihr Appell an die Bürger, ihre Häuser besser selber zu schützen und sicherheitstechnisch auf den neuesten Stand zu bringen? – Das kann doch wohl nicht wahr sein, Herr Minister Jäger.

(Beifall von der CDU)

Sie reagieren auf die Kriminalitätsentwicklung mit Aktionsprogrammen. Gerade letztgenannte Maßnahme ist aus unserer Sicht ein fatales Signal. Denn diese Politik, die Sicherheitspolitik der rot-grünen Minderheitsregierung, führt zu einer Zweiklassengesellschaft, zu erkaufter Sicherheit für Wohlhabende, zu Sicherheit erster und zweiter Klasse, sprich: zu käuflicher Sicherheit. – Das lehnen wir eindeutig ab.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Notwendig sind eine intensive Tatortarbeit, Spurensicherung und deren Auswertung. Trifft es zu, Herr Minister Jäger, dass beim LKA immer noch ca. 10.000 nicht ausgewertete DNA-Spuren mangels Personal im wissenschaftlichen Bereich liegen?

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Von Ihnen übernommen!)

– Die Übernahme spielt in dem Zusammenhang keine Rolle, Herr Minister. Sie sind inzwischen verantwortlich.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Hans-Willi Körfges [SPD]: Sie sind unverantwortlich!)

Die Internetkriminalität boomt. Die Fallzahlen steigen rapide an: vom kleineren Betrug bis zu schweren Hackerangriffen wie zuletzt auf das Onlineportal der Polizei NRW. Der Innenminister reagiert mit einem Kompetenzzentrum beim LKA, bildet Planstellen, die noch gar nicht da sind, und obendrein durch den Abzug von Spezialisten aus den Kreispolizeibehörden gefüllt werden. In ihren Behörden hinterlassen sie erhebliche Lücken, die nicht geschlossen werden; vom Wissensverlust vor Ort ganz abgesehen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben uns in den vergangenen Wochen mit der Bekämpfung des Extremismus, und hier in besonderer und richtiger Weise mit dem Rechtsextremismus, beschäftigt. Es besteht hohes Einvernehmen in der Art der Auseinandersetzung, der Bekämpfung und der Vorgehensweise.

Auch hier sprechen Sie, Herr Minister, von zusätzlichen Stellen zur Bekämpfung. Leider sind auch das keine neuen Köpfe, sondern zusammengezogene Kräfte aus dem Land, die dort wieder Lücken hinterlassen, und zwar Lücken bei der Bekämpfung der allgemeinen Kriminalität, aber auch mit Blick auf die Bereiche „linkes Spektrum“ und „Islamismus“. Jede Sonder- und/oder Mordkommission bringt sofort erhebliche Defizite in anderen Kriminalitätsbereichen

mit sich, da die Mitglieder dieser Kommission oft über Wochen hinweg ebenfalls ihr Tagesgeschäft nicht erledigen können.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, vor wenigen Wochen, sprich: am 29. Januar 2012, lautete die Überschrift der „Welt am Sonntag“: „Nordrhein-Westfalen, eine Oase für Kriminelle?“ Die niedrigen Aufklärungsquoten in unserem Bundesland wurden erläutert.

Ohne Frage: Die Polizei hat in Erfüllung ihrer schweren Aufgabe im täglichen Einsatz – da sind wir uns alle einig – die uneingeschränkte Rücken- deckung durch die Politik verdient, da, wie wir wissen, die Belastungsgrenze häufig überschritten wird und es an personellen Kapazitäten für gewisse Auf- gaben mangelt.

Umso erforderlicher sind eine neue Bewertung aller seitens der Polizei zu erfüllenden Aufgaben, eine bessere inhaltliche Ausbildung und eine deutliche Stärkung der Kriminalpolizei. Wir brauchen Initiativen zur Senkung der Straftaten und Konzepte zur Erhöhung der Aufklärungsquote.

Wir müssen besser werden, und zwar, Herr Minister, nicht nur wegen des Ländervergleichs, sondern weil die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zu Recht erwarten, dass der Staat alles daran setzt, um Kriminalität und Gewalt entschlossen und erfolgreich zu bekämpfen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ansprechen möchte ich die Situation der Hilfskräfte und die Situation der Feuerwehren. Die CDU-Fraktion möchte die Investitionszuschüsse an die Gemeinden für die Feuerwehren sichern. Wie im Haushalts- und Finanzausschuss beantragen wir eine Erhöhung des Titelansatzes um 17 Millionen € auf 50 Millionen € und schlagen zur Deckung einen Vermerk bei der Haushaltsstelle des Inhalts vor, dass die festzulegende Mittelhöhe 2012 einen Betrag von 50 Millionen € nicht unterschreiten darf.

(Minister Ralf Jäger: Wo ist die Deckung?)

– Die Deckung habe ich gerade vorgeschlagen, Herr Minister Jäger. Da sollten Sie genau hingucken.

(Minister Ralf Jäger: Habe ich!)

Ich meine Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer. Das alles kann aus Zeitgründen hier nicht erneut angesprochen werden.

(Lachen von Hans-Willi Körfges [SPD])

Eine letzte Anmerkung, Herr Minister Jäger: Auch bei der dringend notwendigen großen Dienstrechtsreform – auch hier obliegt Ihnen die Federführung – drückt sich diese Landesregierung vor der Verantwortung und schiebt seit Monaten, seit Beginn ihrer Regierungsübernahme, die Entscheidung vor sich her. Es ist aus vielerlei Gründen ein unerträglicher Zustand.

Die rot-grüne Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen leisten aus Sicht der CDU keinen Beitrag zur Verringerung der Staatsschulden, zur Bekämpfung der Finanznot der öffentlichen Haushalte und zur dringend notwendigen Konzentration auf die klassischen Kernaufgaben des Staates. Deswegen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, lehnt die CDU-Fraktion den Einzelplan 03 ab. – Ich bedanke mich sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kruse. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Stotko.

Thomas Stotko (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Kruse, trotz aller Wertschätzung dafür, wie Sie Innenpolitik beurteilen, möchte ich Ihnen Folgendes sagen:

Sie hatten fünf Jahre Zeit, hier in diesem Land etwas zu verändern, aber gemacht haben Sie nichts! Sie monieren Strukturvorschläge dieser Regierung hinsichtlich der Kürzung der Haushalte, obwohl Sie in den letzten fünf Jahren Ihrer Regierungszeit – der ehemalige Ministerpräsident sitzt ja hier in Reihe eins – die Schulden dieses Landes von 106,8 Milliarden € auf fast 130 Milliarden €, also um 25 Milliarden €, erhöht haben.

(Zurufe von der CDU)

Uns werfen Sie aber vor, wir würden nicht genug tun. Sie haben 25 Milliarden € oben draufgelegt, die wir heute mit teuren Zinsen bedienen. Insofern sollten wir ehrlich miteinander umgehen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Und wo kommen die 106 Milliarden € her?)

Effektive Sicherheit ist von Ihnen angemahnt worden. – Soll ich Sie an Ihr Wahlprogramm erinnern, für das Sie abgewählt worden sind?

Sie wollten eine Hilfspolizei haben. Sie wollten Polizisten, die nicht ordnungsgemäß ausgebildet sind.

Sie wollten eine effektivere Spurensicherung und -auswertung. Ein besseres Eigentor konnten Sie gar nicht schießen. Die knapp 10.000 nicht ausgewerteten DNA-Proben, Kollege Kruse, liegen seit Jahren beim LKA. In Ihrer Verantwortung sind die angehäuften worden. Diese Regierung nimmt jetzt 8 Millionen € in die Hand, um das abzarbeiten und damit in 10.000 ungeklärten Fällen DNA-Proben ausgewertet werden. Und das kritisieren Sie noch? Das ist doch eine Witznummer! Das muss ich Ihnen einmal deutlich sagen. Sie haben es liegen gelassen, und wir müssen es wegschaffen! So sah es in Fragen der Sicherheit unter Schwarz-Gelb aus, und so sieht es nun unter Rot-Grün hier in Nordrhein-Westfalen aus.

Sie monieren, wir hätten Lücken, weil der Innenminister für Spezialbereiche, in denen wir Ermittlungskräfte benötigen, diese zusammenzieht. Wir hätten nicht genug Kolleginnen und Kollegen. – Jetzt werden Sie auch noch herausgerufen. Viel Spaß dabei!

Ich will es Ihnen nur deutlich sagen: Sie haben die Zahl der Einstellungen bei der Polizei später erhöht, als Sie es vor der Wahl angekündigt hatten, und dann auch nur auf 1.100. Diese Landesregierung mit den sie tragenden Fraktionen stellt nun 1.400 Polizistinnen und Polizisten ein und sorgt dafür, dass mehr Polizisten auf die Straße kommen und dass mehr Polizisten die Sicherheit gewährleisten.

Letztendlich ist Ihre Zeit nach fünf Jahren zu Recht abgelaufen. Wir legen mit diesem Einzelplan 03 das vor, was erforderlich ist. 4,8 Milliarden € macht dieser Haushaltsplan aus. Der Einzelplan 03 wird um 235 Millionen € aufgestockt – eine wichtige Steigerung.

Im Personalhaushalt kommt es zu einer Erhöhung um 140 Millionen €. Neben klassischen Tarifierhöhungen sind es insbesondere 55 neue Stellen für die Bezirksregierungen: für die Bezirksregierungen, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, die Sie in den letzten Jahren haben ausbluten lassen. Die Stellenbesetzungsquote bei den Bezirksregierungen liegt bei unter 90 %. Wir haben sie nach unserem letzten Haushalt inzwischen auf 93 % erhöht. Der Landesdurchschnitt liegt bei 97 %.

Wir sorgen dafür, dass in den Bezirksregierungen wieder ordentlich gearbeitet werden kann. Das gewährleisten wir nicht nur mit diesen 55 neuen Stellen, sondern auch mit der Streichung von 95 kw-Vermerken. Damit sorgen wir dafür, dass die Kolleginnen und Kollegen, die dort ihre Arbeit machen müssen, gemeinsam arbeiten können und nicht ständig krank werden müssen, weil sie überbelastet sind.

Wir kümmern uns um das Personal in diesem Land, und zwar nicht nur bei der Frage der Mitbestimmung, sondern auch bei der Frage der ordentlichen Arbeitsbedingungen.

Deshalb gehen wir auch bei der Polizei so vor – ich habe darauf hingewiesen –: Wir schaffen 280 neue Stellen und nehmen 1.400 Einstellungen vor. Wir gehen den von Ihnen halbherzig gewählten, aber richtigen Weg – ich meine die 1.100 Einstellungen – weiter und haben die Zahl der Einstellungen sogar auf 1.400 erhöht.

Darüber hinaus haben Sie der Fachhochschule damals nur Geld für diejenigen gegeben, die dort die zusätzlichen Polizistinnen und Polizisten ausbilden. Wir sorgen dafür, dass das jetzt ordentliche Arbeitsverhältnisse sind.

13 neue Stellen an der Fachhochschule bedeuten für die Betroffenen: keine befristeten Arbeitsverhältnisse; ein ordentlicher Job; die Möglichkeit, an Dar-

lehen für den Erwerb von Eigentum zu kommen; die Möglichkeit, überhaupt etwas zu machen; sich seines Arbeitsplatzes sicher zu sein. Das ist die Politik dieser Landesregierung, die die soziale Verantwortung für die Menschen in diesem Land wahrnimmt. Dazu stehen wir. Wir stehen auch zu jeder Konsequenz, die das für den Haushalt hat.

Wir nehmen nämlich auch die Verantwortung für die Ausbildung wahr. Das ist ebenfalls ein Metier, das in den fünf Jahren Ihrer Regierung untergegangen ist. Ich will deutlich sagen: Nicht nur wegen des demografischen Wandels, sondern auch aufgrund des Wettbewerbs mit der freien Wirtschaft erhöhen wir die Zahl der Ausbildungsstellen für den gehobenen Dienst auf 117; weitere 49 kommen für den mittleren Dienst hinzu.

Insgesamt sind im Einzelplan 03 mehr als 300 Stellen für Auszubildende verankert. Das sind zukunfts-sichere Ausbildungsplätze, und das sind Möglichkeiten für die jungen Menschen in unserem Land, eine Ausbildung in einem Beruf zu finden, in dem es Spaß macht, zu arbeiten.

Dann ist der CDU auf einmal die Feuerwehr ganz wichtig. Das wundert uns nicht. Schließlich haben wir vor eineinhalb Monaten im Plenarsaal eine große Feuerwehrkonferenz mit 600 Feuerwehrleuten veranstaltet. Das war Ihnen wohl ein Dorn im Auge. Deswegen beantragen Sie jetzt die Erhöhung der Mittel um 17 Millionen €. Zu Recht hat der Minister – ich glaube, es war beim Kollegen Kruse – dazwischengerufen: Wo soll es denn herkommen? – Darauf hat er gesagt – ich kann das alles hier gerade nicht darstellen –, das komme irgendwie aus der Feuerschutzsteuer. Mir ist nicht klar, woher die 17 Millionen € kommen sollen.

Aber wir haben die Feuerwehr ernst genommen, auch bei der Erstellung des Einzelplans 03. Wir setzen die Förderung des Verbandes der Feuerwehren fort. Ich erinnere noch einmal an das Bild vom Phönix aus der Asche. Wir sorgen dafür, dass dort jemand hauptamtlich arbeiten kann. Wir haben mit diesem Haushalt vier neue Planstellen beim Institut der Feuerwehr eingerichtet.

Außerdem kümmern wir uns um die Feuerwehr – das ist ein wichtiger Punkt, der in diesem Parlament auch umstritten ist –, in dem wir Mittel für 6.100 Führerscheine bereitstellen. Ich will gerne noch einmal daran erinnern: Dieses Land nimmt 5 Millionen € in die Hand, um den Erwerb von 6.100 sogenannten Feuerwehrführerscheinen zu fördern, insbesondere in der ländlichen Region.

Was für einen Popanz haben Sie hier in einer Aktuellen Stunde im Rahmen einer Plenardebatte und im Verkehrsausschuss aufgebaut, als es um die Frage ging, ob das richtig oder falsch ist! Ich kann Ihnen sagen, dass ich in den letzten Wochen und Monaten viel durch das Land gereist bin und gerade die Feuerwehren im ländlichen Raum besucht habe.

Denen ist es eigentlich egal, was man macht: ob man die Führerscheinausbildung oder den Erwerb eines ordentlichen Führerscheins bezahlt. Aber sie wollen Hilfe.

Bevor wir noch lange über diese Frage diskutiert hätten, haben wir im Innenressort gesagt – obwohl das Verkehrsressort federführend ist –: Wir finanzieren das; wir eröffnen den Kolleginnen und Kollegen von den Feuerwehren die Möglichkeit, einen ordentlichen Führerschein zu erwerben, mit dem sie die Befähigung nachweisen, unter Blaulicht und auch unter normalen Bedingungen mit Fahrzeugen bis zu 7,5 t zu fahren. Das ist eine wichtige Anstrengung dieser Landesregierung, die, wie ich meine, in diesen Haushalt gehört.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kruse?

Thomas Stotko (SPD): Jederzeit – wenn er wieder da ist.

Vizepräsident Oliver Keymis: Jederzeit. – Bitte schön, Herr Kollege Kruse.

Theo Kruse (CDU): Herr Stotko, ich wollte Ihnen nicht ausweichen. – Ich habe nur eine kurze Nachfrage zu dem Thema „Feuerwehren“: Ich möchte Sie darauf hinweisen – darüber ist im Haushalts- und Finanzausschuss diskutiert worden –, dass wir bei der Feuerschutzsteuer insgesamt Haushaltsreste von ca. 92 Millionen € haben.

Wir sind nicht weit auseinander. Wir möchten lediglich die Investitionszuschüsse sicherstellen. Das ist keine zusätzliche Ausgabe, sondern es gibt die erhöhten Einnahmereste. Daraus können diese Investitionszuschüsse getätigt werden. Das haben wir im Haushalts- und Finanzausschuss beantragt. Dieser Antrag steht heute erneut auf der Tagesordnung.

Vizepräsident Oliver Keymis: Sehen Sie das auch so, Herr Kollege Stotko?

Thomas Stotko (SPD): Ich habe gar keine Frage gehört. Deshalb habe ich Schwierigkeiten, eine Frage zu beantworten.

Vizepräsident Oliver Keymis: Deswegen fragen wir Sie.

Thomas Stotko (SPD): Für den Fall, dass die Frage war, ob ich das auch so sehe, sage ich: Ja, es gibt Haushaltsreste; nein, ich halte es nicht für richtig, ständig darüber zu reden, die Reste aufzulösen, die wir über Jahre hinweg für die Feuerwehren benötigen. Ich glaube nicht, dass das der richtige

Schritt ist – falls das Ihre Frage war, Herr Kollege Kruse. Ich musste sie mir jetzt quasi selbst ausdenken.

Im Sachhaushalt – womit wir auch bei dem Thema „Fahrzeuge“ sind – fehlen uns über 17 Millionen €, die in diesem Haushaltsentwurf eingestellt sind. CDU und FDP im Bund haben nämlich beim Katastrophenschutz gespart. Herr Kollege Kruse, im Bund hätte ich Sie gerne an unserer Seite gehabt, als es um den dortigen Haushalt ging. Nordrhein-Westfalen hat nämlich weniger Geld bekommen, und wir können hier die Sicherheit der Bürger – Lücken im Katastrophenschutz und bei der Sicherheit – nicht gewährleisten.

Deshalb mussten wir in Nordrhein-Westfalen eigenes Geld in die Hand nehmen, um die fehlenden Mittel des Bundes auszugleichen. 17,2 Millionen € sind für Fahrzeuge eingestellt worden. Auch das ist ein richtiger Schritt.

In Bezug auf die DNA-Analysen habe ich gesagt, dass das, was Sie gemacht haben, ein Witz ist. In Ihrer Zeit ist das nämlich liegen geblieben. Deshalb ist es wichtig, dass wir den Etat um 4 Millionen € erhöhen.

Ich will auch noch einmal an die Präventionspolitik erinnern, die Sie für so falsch erachten. Dieser Innenminister hat bereits im letzten Haushalt – in diesem nun ganzjährig – 9 Millionen € für acht Regionen eingestellt, in denen „Kurve kriegen“ das Thema ist, womit wir wieder bei der Frage sind. Die Präventionspolitik ist der richtige Ansatz.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD])

Ich glaube, auch in Zeiten von schwachen Haushalten ist das, übrigens gemeinsam mit kommunalen Präventionsketten, der richtige Ansatz, um auf der einen Seite eine ordnungsgemäße Sozialpolitik zu machen und auf der anderen Seite finanzhaushalterisch dafür zu sorgen, dass die immensen Ausgaben auf Dauer abgesenkt und die Investitionen gefördert werden.

Letztendlich investieren wir aber auch in der Flüchtlingspolitik. Ich will das hier noch einmal betonen, weil das sonst gerne in der Innenpolitik untergeht. Auch in dieser Regierungskoalition wird auf die Flüchtlingspolitik ein wichtiges Augenmerk gelegt.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD])

Wir investieren hier immerhin über 2,6 Millionen €, davon allein 2,2 Millionen € in die freiwillige Leistung der Flüchtlingsberatung vor Ort. Aber wir investieren auch 180.000 € in die Flüchtlingsberatungsstelle und 240.000 € in die Betreuung während der Abschiebehaft. Das geschieht in einer Zeit, in der die Zahl der Asylbewerber in der Bundesrepublik immens ansteigt: In den letzten vier Jahren ist sie von 19.000 € auf 46.000 € pro Jahr gestiegen. Wenn Sie in den Haushalt schauen, sehen Sie, dass wir als diejenigen, die den Kommunen helfen, diese mit

fast 17 Millionen € mehr unterstützen: von 37 Millionen € auf – ich glaube – 54 Millionen € für diese Arbeit vor Ort.

Aber für uns ist es auch wichtig, dass Menschen, die von hier zurückkehren, Rückkehrhilfen bekommen. Auch dafür haben wir die Mittel erhöht, nicht nur in diesem Haushalt, sondern auch schon im letzten.

Insgesamt ist das eine konsequente Politik zugunsten von Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutz, Bezirksregierungen, Prävention und Flüchtlingshilfe. All das befindet sich in den guten Händen dieser Regierung. Deshalb werbe ich dringend dafür, diesem Einzelplan zuzustimmen.

Als Letztes möchte ich sagen: Wer hätte gedacht, dass in der Diskussion dem Einzelplan 03 an diesem Tag eine solch immense Bedeutung zukommt? Sicherlich wird das jeder bei der Abgabe seiner Stimme berücksichtigen. Die Regierungsfaktionen werden diesem Einzelplan zustimmen. – Besten Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Stotko. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Herr Priggen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Einzelplan 03 ist aus meiner Sicht typisch und beispielhaft für den gesamten Haushalt, den wir vorgelegt haben und über den wir entscheiden wollen. Zu meiner Wortmeldung animierten mich die Wortbeiträge von Herrn Sagel von den Linken und von der FDP. Eines geht nämlich nicht: Man kann nicht 1,4 Milliarden € mehr fordern in einer Haushaltssituation, in der wir genau wissen, dass wir mit dem vorhandenen Geld sparsam umgehen müssen. Darüber hinaus kann man nicht fordern, die Verfassungsschutzbehörde abzuschaffen, weil wir genau wissen, dass wir sie brauchen. Man kann ihre Arbeit zwar kritisch begleiten, aber nicht auf sie verzichten. Das ist keine seriöse Haushaltspolitik.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD –
Vereinzel Beifall von der CDU)

Ich will klar sagen: Man kann jedem Menschen gönnen, dass er am ÖPNV teilnimmt. Dazu haben wir auch Anstrengungen unternommen. Aber Wunschvorstellungen, die in Bereiche von mehreren hundert Millionen gehen, sind keine seriösen Angebote, über die man reden kann. Das hat vorhin der Kollege Sagel noch einmal angesprochen. So geht das nicht.

Ähnliches gilt für die FDP. Intellektuell verstehe ich nicht, wie man beim Stärkungspakt Stadtfinanzen mitmachen kann – ich habe ja gedacht, das ist eine

Einkehr auf einen besseren Weg, nachdem man vorher jahrelang die Kommunen belastet hat – und das GFG ablehnen will. Diesen intellektuellen Spagat bekomme ich nicht in den Kopf. Auch die Ansagen zu dem Haushalt, die hier gemacht worden sind, kann ich nicht nachvollziehen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzel Beifall von der SPD)

Es gab das Angebot zu fairen Gesprächen. Wir sind eine Minderheitsregierung. Wir gehen auf die anderen Kolleginnen und Kollegen zu. Wir haben eine Reihe von wichtigen Sachen zusammen gemacht. Aber wenn das Angebot so ausgeschlagen wird, dann ist das eben so.

Der in Rede stehende Einzelplan ist beispielhaft für die von uns gefahrene Linie: einsparen und sparsam mit Geld umgehen, weil das nötig ist, aber keine sozialen Brüche zulassen, sondern das, was sozialpolitisch, bildungspolitisch und sicherheitspolitisch notwendig ist, wird auch gemacht. Dafür hat diese Koalition in den letzten zwei Jahren gestanden. Das ist der Kurs, den wir auch im Haushalt nachvollzogen haben. Diesem Kurs werden wir zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzel Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Priggen. – Für die Fraktion der FDP spricht nun Herr Kollege Abruszat.

Kai Abruszat (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Anders als der Kollege Priggen möchte ich mich dem Einzelplan 03 zuwenden und keine haushaltspolitische Grundsatzrede halten. Das, was Sie, Herr Kollege Priggen, gesagt haben, ist ja eine Rechtfertigung für offensichtlich nicht zu Ende geführte und zielführende Gespräche. Aber darüber werden wir uns noch an anderer Stelle unterhalten müssen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Wo denn?)

– Mit dem Hochmut, der in Ihrem Zwischenruf zum Ausdruck kommt, werden Sie noch sehen, wo Sie landen.

Herr Minister Jäger, Sie sind seit Juli 2010 im Amt. Und ich finde, wir müssen nach zwei Jahren einmal auf die bisherige Bilanz schauen

(Theo Kruse [CDU]: So ist es!)

und durch eine Analyse der Strukturdaten des Einzelplans 03 bewerten, was unter Ihrer Führung auf NRW zugekommen ist und weiter zukommen wird.

Beginnen möchte ich mit der schrecklichen Tragödie bei der Love-Parade mit vielen Toten und vielen Verletzten. Ich erinnere daran, dass wir eine grauenvolle Mordserie haben – Stichwort: Thüringer Zel-

le –, die aufgedeckt wurde mit Trauer, Wut und Ungläubigkeit als Folge, wie so etwas jahrelang in den deutschen Sicherheitsbehörden durchgehen konnte. In der Folge stand der Verfassungsschutz in allen Bundesländern – auch bei uns – im Fokus. Die Rocker bekriegen sich wieder offen in NRW, während sie in großem Stil in NRW der illegalen Prostitution, der Zuhälterei, dem Menschen-, Drogen- und Waffenhandel sowie der Erpressung nachgehen und versuchen, das Land unter sich aufzuteilen.

Das alles gehört zu einer Bewertung des Einzelplans 03. Was die Love-Parade-Tragödie angeht, so war es die FDP-Fraktion, die nicht locker gelassen hat. Ich erinnere an unsere Große Anfrage mit 1.600 Fragen. Es gab viele Fragen und augenscheinlich massive Fehler bei Planung und Ausführung. Es geht nicht immer um strafrechtliche Verantwortung, sondern auch um dienstliche Pflichten, um Fürsorge- und Sorgfaltspflichten. Außerdem geht es darum, dass seitens des Innenministeriums endlich Lehren aus der Katastrophe gezogen werden, um durch geeignete interne Instrumente zu verhindern, dass in Zukunft eine solche Katastrophe noch einmal möglich ist.

Es ist schon bedauerlich, dass bis heute weder im Innenministerium noch bei der Polizei Experten verfügbar sind, um das zu erwartende Kräftespiel von Menschenmengen bei Veranstaltungen und die Kapazität und Aufnahmefähigkeit eines Versammlungsortes bzw. Leistungsfähigkeit von Zu- und Abwegen selbst zu bewerten, obwohl nahezu wöchentlich die Polizei bei Veranstaltungen mit großen Menschenmassen eingesetzt ist.

Jeder weiß, dass bei Fehlern von Veranstalter und Genehmigungsbehörden im Vorfeld nur die Polizei mit ihren Kräften und technischen Mitteln in der Lage ist, eine sich über einen gewissen Zeitraum entwickelnde Massenpanik oder kritische Situation noch zu verhindern.

Meine Damen und Herren! Herr Minister Jäger, es gibt bei der Polizei Experten, die die Sicherheit von Lkws prüfen. Wir haben Spezialisten und Psychologen für Geiselnahmen und Verhandlungen. Nur für Menschenmassen, die jedes Wochenende in NRW auftreten und wiederkehrende Sicherheitsfragen aufwerfen, gibt es aufseiten der Polizei keine. Das ist nach der Duisburger Tragödie nicht mehr hinnehmbar.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, unter Innenminister Jäger haben wir auch eine Zunahme der Zahl der Verkehrstoten zu verzeichnen: Verkehrstote plus 15 %, Schwerverletzte plus 13 %, getötete Fußgänger plus 41 %, verunglückte Fußgänger plus 8 %. Unter Rot-Grün ist NRW mit Sicherheit nicht sicherer geworden, wie diese Statistik belegt. In zentralen Bereichen haben wir eine fehlgeleitete Entwicklung in der Kriminalitätsstatistik. Die Bilanz lautet: 1,5 Mil-

lionen Straftaten. Das sind fast 5 % mehr als im Vorjahr.

Ich erinnere daran, dass sogar der Bund Deutscher Kriminalbeamter im „Westfalenblatt“ von einer geschönten Statistik gesprochen hat. Die tatsächliche Zahl würde noch viel höher liegen.

Mehr Fahnden, mehr Polizeipräsenz, davon können viele Bürgerinnen und Bürger derzeit leider nur träumen. Ein Blick nach Köln, die größte Stadt Nordrhein-Westfalens, belegt das. Bevor der Kölner Polizeipräsident gehen musste, hat er noch eine Analyse für das PP Köln vorgelegt.

(Minister Ralf Jäger: Was musste der?)

Wenn die Bürger wüssten, wie viele Streifenwagen mit Polizeibeamten tatsächlich nur auf der Straße unterwegs sind, würden sich viele wundern. Wenn wir uns mit anderen Großstädten in anderen Bundesländern, beispielsweise mit München, vergleichen, sieht Nordrhein-Westfalen an der Stelle sehr alt aus.

Gleichzeitig haben wir hohe Krankenstände. Urlaub und Elternzeiten führen auch dazu, dass viele Kräfte fehlen. Auch da hilft ein Blick in die Zahlen. Das sind nicht unsere, das sind Ihre, das sind die Zahlen der Landesregierung. In neun Monaten fielen bei der NRW-Polizei fast 700.000 Krankheitstage an – 700.000! Hochgerechnet für das gesamte Jahr 2010 waren es über 900.000 Krankheitstage bei den Beschäftigten der Polizei.

Herr Minister Jäger, wenn über 3.000 Beschäftigte bei der Polizei länger als sechs Wochen krank sind – im Durchschnitt jeder davon 77 Tage –, ist das ein besorgniserregender Zustand und vor allen Dingen ein Punkt, der haushalterisch eine Rolle spielt. Wenn man das haushalterisch herunterbricht – bei gerechneten durchschnittlichen Vollkosten von 45.000 € pro Beschäftigten und Jahr –, entstanden dem Land für diese Situation Kosten in Höhe von rund 170 Millionen €. Es ist wohl an der Zeit, viel stärker darüber nachzudenken, die Verwendung außendienstuntauglicher bzw. außendienstunfähiger Polizeibeamtinnen und -beamten zu hinterfragen und sie viel flexibler einzusetzen.

Zum Thema „Dienstrechtsreform“ hat Kollege Kruse schon einiges gesagt. Auch da ist das bisherige Ergebnis: Fehlanzeige.

Sie kündigen viel an; Sie handeln nicht konsequent. So kann der Einzelplan 03 unsere Zustimmung – auch aus Überzeugung – nicht finden. Ich sage Ihnen: Bessern Sie nach! Sorgen Sie dafür, dass wir bei der Kriminalitätsstatistik andere Entwicklungen haben! So jedenfalls kann es eine Zustimmung nicht geben. – Danke schön.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Abrusatz. – Für die Fraktion Die Linke hat Frau Kollegin Conrads das Wort.

Anna Conrads (LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Besucherinnen und Besucher! Der Einzelplan 03 hat ein Gesamtvolumen von knapp 4,65 Milliarden €. Leider gibt es in diesem Plan deutlich mehr Schatten als Licht.

Ich fange mal mit dem Lichtein an. Erfreulich ist, dass per Saldo 155 Stellen mehr als im Vorjahr zu verzeichnen sind. Mit 4 % liegt der Stellenzuwachs in diesem Einzelplan 1,3 % über dem Landesdurchschnitt. Davon profitiert überproportional die Polizei. Das ist ein ganz kleiner Schritt in die richtige Richtung im öffentlichen Dienst.

Aber im öffentlichen Dienst und bei den Landesbeamten gibt es immer noch eklatante Mängel, und wir sehen leider an keiner Stelle, dass sie grundsätzlich angegangen werden. Die Landesbeamten und die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben hohe Erwartungen in die rot-grüne Landesregierung gesetzt – hohe Erwartungen, die Sie bisher nicht erfüllt haben.

Ich mache das unter anderem am Beispiel der Kriminalpolizei deutlich. Die Kriminalpolizei beklagt aus unserer Sicht zu Recht, dass in ihren Reihen eine deutliche Überalterung mit einem Altersdurchschnitt von über 50 Jahren vorliegt. Zunehmend können die Spezialisten ihr Spezialwissen nicht mehr ausreichend an junge Leute weitergeben. Sie stehen vor Herausforderungen im Bereich der IT-Kriminalität. Deshalb muss man den Blick nicht nur auf Fortbildung und Weiterbildung richten, sondern auch auf eine größere Personaldecke. Die 8.300 Kriminalbeamten schieben knapp 2 Millionen Überstunden vor sich her.

(Beifall von Bärbel Beuermann [LINKE])

Das ist symptomatisch für viele Bereiche im öffentlichen Dienst und geht aus unserer Sicht so nicht mehr weiter.

(Beifall von der LINKEN)

Verehrte Damen und Herren von der Landesregierung, Sie haben nämlich damals eine Abkehr von Ihrer Politik von 2003 versprochen.

(Beifall von der LINKEN)

Sie haben gesagt, es gibt eine Abkehr von der 41-Stunden-Woche, die Sie damals im öffentlichen Dienst und im Landesdienst für die Landesbeamten eingeführt haben. Was ist davon übrig geblieben? Von der Reduzierung der Wochenarbeitszeit ist bei Ihnen in den letzten zwei Jahren an keiner Stelle die Rede gewesen. Im Gegenteil, immer noch müssen viel zu wenige Leute viel zu viel Arbeit schultern, werden teilweise davon krank, sind überbelastet. Es

steht zu befürchten, dass zukünftig die Qualität des öffentlichen Dienstes unter dieser krassen Arbeitsbelastung stark leidet.

Die Linke sieht das vollkommen anders. Wir brauchen eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

(Beifall von der LINKEN)

Es wäre schon ein erster kleiner Fortschritt, wenn zumindest die 41-Stunden-Woche zurückgenommen würde und die Landesbeamten wieder so viel arbeiten müssten wie die Angestellten im öffentlichen Dienst.

(Beifall von der LINKEN)

2003 haben die Beschäftigten das hingenommen, weil es eine Haushaltsnotlage gab. Aber getreu dem Motto: „Man reicht den kleinen Finger und nimmt die ganze Hand“, wird diese Arbeitszeitverlängerung ein bisschen schamlos bis 2016 weiter betrieben. Hier wird auf dem Rücken der Beschäftigten im öffentlichen Dienst jede mögliche und unmögliche Form der Haushaltskonsolidierung durchgedrückt. Das lehnen wir selbstverständlich ab.

(Beifall von Bärbel Beuermann [LINKE])

Wir haben das bereits im letzten Jahr in der Debatte angemerkt. Bisher haben wir keine einzige Bewegung in diese Richtung gesehen.

Aber bei Polizei und Feuerwehr gibt es noch andere Bereiche, in denen Sie etwas versprochen haben, wozu bisher nicht viel gekommen ist. Ein Beispiel ist die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizei- und Feuerwehrzulage, über die wir hier schon häufiger diskutiert haben. Die Zulagen werden den Beschäftigten der Polizei und der Feuerwehr nicht gewährt, weil das Land zu viel Geld hat. Sie werden vielmehr dafür gezahlt, dass die Beschäftigten von Polizei und Feuerwehr vor besonderen Herausforderungen stehen. Sie sehen Tote, sie sehen schlimme Unfälle, sie sind traumatischen Belastungen ausgesetzt, die nicht aufhören, wenn sie ihre Uniform am Ende der Dienstzeit an ihren Arbeitgeber zurückgeben, sondern diese Belastungen bleiben bis an ihr Lebensende. Deswegen muss die Ruhegehaltsfähigkeit dieser Zulagen endlich wieder eingeführt werden.

(Beifall von der LINKEN)

Das erwarten auch Polizei und Feuerwehr ganz dringend von Ihnen als Landesregierung. Wir haben hier in den letzten Jahren Stichworte gehabt: „Urlaubsgeld“, „Weihnachtsgeld“. Das Thema „Arbeitszeitverlängerung“ habe ich gerade noch einmal angesprochen.

Der öffentliche Dienst darf nicht weiter Melkkuh des Finanzministers sein. Um den öffentlichen Dienst zukünftig für Bewerberinnen und Bewerber attraktiv zu halten, aber auch um gesunde und motivierte Mitarbeiter im öffentlichen Dienst und einen hohen Qualitätsservice im öffentlichen Dienst beizubehal-

ten, brauchen wir eine Arbeitszeitverkürzung, aber auch eine andere Besoldungsstruktur.

(Beifall von der LINKEN)

Meine Kollegen haben das gerade schon angesprochen. Herr Jäger wird gleich sagen: Es kommt eine Dienstrechtsreform, da wird im öffentlichen Dienst alles auf den Prüfstand gestellt. – Ja, aber es liegen bis jetzt ja noch nicht einmal Eckpunkte für diese Dienstrechtsreform vor. Und da muss ich mich in meiner Kritik den Vorrednern anschließen: Darauf warten wir bis heute. Deswegen steht im Moment zu befürchten, dass erst einmal auf absehbare Zeit nichts kommt.

Einen sehr, sehr zentralen Punkt hat Herr Stotko gerade von sich aus angesprochen; allerdings sieht er das ganz anders als ich. Das ist nämlich die Flüchtlingspolitik dieser Landesregierung. Für mich ist überhaupt nicht erkennbar, dass diese Landesregierung, wie in ihrem Koalitionsvertrag versprochen, die Menschen in Not in NRW schützt, sondern die Abschiebebilanz der rot-grünen Landesregierung ist verheerend. Nahezu jeden Dienstag starten inzwischen Flieger in den Kosovo, nach Serbien mit Menschen an Bord, die keine Familie mehr haben, die krank sind. Dieser Wintererlass ist ein Witz, Herr Jäger.

(Beifall von der LINKEN)

Dieser Wintererlass, den Sie erlassen haben, schützt einen ganz großen Teil der Menschen in NRW in Not überhaupt nicht. Am Dienstag ist der letzte Flieger mit 48 Menschen nach Serbien gegangen, wo sie überhaupt keine Lebensperspektive haben. Warum gilt das eigentlich nur für den Kosovo, dass besondere Minderheiten geschützt werden müssen? Minderheiten, kranke und alte Menschen müssen aus unserer Sicht überall geschützt werden.

(Beifall von der LINKEN)

Es gibt keinen Grund, warum das nicht auch für Serbien gilt.

Die Sozialberatung der Flüchtlinge – Sie haben ein bisschen bei der Flüchtlingsberatung drauf gepackt – ist inzwischen so überlastet, dass sie aus allen Nähten platzt. Ein dringend erforderliches und von Flüchtlingsinitiativen und Verbänden als unerlässlich bezeichnetes drittes psychosoziales Zentrum im Bereich Ostwestfalen ist dringend nötig; das muss hierhin. Hier ignoriert die Landesregierung sehenden Auges den dringenden Beratungsbedarf der Flüchtlinge.

Ich kann es Ihnen vorrechnen: 11 Millionen € stehen für sogenannte Rückführungen, also für Abschiebungen, im Landeshaushalt. Was könnte man mit den 11 Millionen € im Bereich der Flüchtlingsberatung alles bewirken? Abschiebungen, die Sie weiterhin vornehmen, sind zutiefst unsozial und inhuman, und wir lehnen sie natürlich komplett ab.

(Beifall von der LINKEN)

Gerade die Grünen – das muss ich ehrlich sagen – müssen zutiefst beschämt sein über die Abschiebebilanz dieses Landes.

(Beifall von der LINKEN)

Die antirassistischen Initiativen, die Flüchtlingsbewegungen, die am Flughafen stehen, sind zutiefst enttäuscht gerade auch von den Grünen, weil sie sich immer vehement gegen Abschiebepolitik ausgesprochen haben. Hier fehlt eindeutig ein starkes Signal auch in dieser Landesregierung.

Ich meine, vielleicht ist das ja auch ein Grund, warum Herr Bolte hier keine Rede gehalten hat, warum Herr Priggen fünf Minuten überhaupt nicht auf den Inhalt des Einzelplans eingegangen ist, anstatt dass der innenpolitische Sprecher etwas sagt. Ich kann nur wiederholen: Diese Abschiebebilanz, liebe Grüne, ist überhaupt kein Verdienstmerkmal, gar nicht, im Gegenteil.

(Beifall von der LINKEN)

Zum Abschluss muss ich Ihnen sagen, dass ich natürlich verstehen kann, wenn eine Regierung verkündet: Wir prüfen, wo man vernünftig etwas einsparen kann. – Aber vernünftig ist ja nicht Sozialabbau, nicht den Menschen dringende Infrastruktur und Leistung, die sie jetzt brauchen, wegzunehmen, einzusparen oder nicht zu geben, sondern vernünftig wäre, etwas wegzunehmen, worauf alle gut verzichten können.

Ich unterbreite Ihnen einmal einen Vorschlag: der Verfassungsschutz. Die Morde und Anschläge der NSU haben uns nicht nur die Gewaltbereitschaft der rechten Szene und die Verflechtung der neofaschistischen Szene vor Augen geführt, die Morde machten öffentlich, wie wenig dieser Inlandsgeheimdienst von allem gewusst haben soll. In einigen Bundesländern war er zutiefst verstrickt in diesem braunen Sumpf.

Weder sollen die V-Leute, die der Innenminister noch immer für unverzichtbar hält, über zehn Jahre einen Hinweis auf die Mörder der NSU geliefert haben, noch stellten die 338 Mitarbeiter einen Zusammenhang zwischen der rechten Szene und den Mordtaten her.

Carsten S. lieferte die Ceska, mit der Bönnhardt und Mundlos neun Menschen erschossen. Der NRW-Verfassungsschutz kannte den Düsseldorfer nicht, trotz offener Hinweise auf seine Vergangenheit als NPD-Funktionär in Thüringen.

Kolleginnen und Kollegen, Die Linke schätzt den Etat des Landesamtes für Verfassungsschutz insgesamt auf rund 25 Millionen €. Außer dem geplanten ausgewiesenen Sachmitteletat von 4,3 Millionen kennt das Parlament – zumindest wir – diese Zahlen leider nicht, weil sie nur das geheime Kontrollgremium des Landtags erfährt. Haushaltswahrheit

und -klarheit sieht an dieser Stelle anders aus, sehr verehrte Damen und Herren.

(Beifall von der LINKEN)

Was wir aber kennen, sind die Berichte von den Aussteigern der rechten Szene und darüber, welchen Nutzen die Honorare zum Beispiel für die V-Leute wirklich hatten. Sie hatten ausschließlich einen Nutzen für die rechte Szene und nicht für Ihre Beobachtungen.

Beim Verfassungsschutz legen wir den Rotstift nicht allein aus haushalterischen Gründen an. Hier geht es um viel mehr als um 25 Millionen €, die man sinnvoll auch anders ausgeben könnte. Hier geht es um den Schutz der Menschen vor einem rechten Untergrund, den auch der NRW-Verfassungsschutz noch nicht einmal gesehen haben will.

Eine solche Behörde ist nicht nur überflüssig, sie ist auch gefährlich, weil sie die Gefahr für die Menschen lieber ganz woanders sieht, zum Beispiel in der Anti-Atom-Bewegung, in der Friedensbewegung und bei der Antifa. Deshalb gibt es für sie vonseiten der Linken keinen Cent.

Wir haben den Einzelplan 03, sehr geehrte Damen und Herren, bereits im Innenausschuss abgelehnt. Einige Anträge lagen vor. Ich habe Ihnen offen gesagt, was wir im Bereich der Flüchtlingspolitik erwarten. Wir haben nicht gesehen, dass SPD und Grüne sich auf uns in irgendeiner Art und Weise in diesem Einzelplan zubewegt hätten. Wir waren Gesprächsbereit, wir bleiben Gesprächsbereit,

(Beifall von der LINKEN)

wenn Sie gerade auch im Bereich der Flüchtlinge Veränderungen vornehmen wollen. Für heute muss aber ein weiteres Mal unser Votum zu diesem Einzelplan Nein heißen.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Conrads. – Für die Landesregierung hat nun das Wort der Innenminister, Herr Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Einzelplan 03 ist der Einzelplan des Landeshaushaltes, in dem die notwendigen Ressourcen einerseits für die inneren Verwaltungen und andererseits für die Sicherheit in diesem Land ausgewiesen werden.

Nach den Debattenbeiträgen, die auch großes mediales Interesse auslösen, will ich auf drei Dinge im Speziellen eingehen und vielleicht zu einer Bewertung kommen. Ich will vorab sagen, dass, wie ich finde, parteiübergreifend, fraktionsübergreifend klar sein muss, dass eines der höchsten Güter für die Menschen, die in diesem Land leben, ist, in Sicherheit zu leben. Es muss Aufgabe von Politik sein,

diese Sicherheit mit allem, was vertretbar ist und zur Verfügung steht, zu gewährleisten. Ich denke, das sollte eigentlich der Leitfaden unserer Sicherheitspolitik sein, statt kurzatmiger, parteipolitisch beförderter Reflexe, die etwas anderes bewirken wollen.

Ich will dabei gerne auf Sie eingehen, Frau Conrads: Gestern hat unter Federführung der Staatsanwaltschaft Koblenz die Verhaftung von 33 Rechtsextremisten in drei Bundesländern stattgefunden. 33 Rechtsextremisten hatten sich in einer offensichtlich kriminellen Vereinigung „Aktionsbündnis Mittelrhein“ zusammengeschlossen und ihr Headquarter in Bad Ahrweiler in Rheinland-Pfalz. Deren Aufgabe war es, gegen Linke zu hetzen, linke Daten zu ermitteln, um ganz gezielt Übergriffe gegen Linke zu verüben.

Unter den 33 Verdächtigen gab es 24 Festnahmen, sieben davon in Nordrhein-Westfalen. Ich glaube, ich verrate hier kein Geheimnis, dass die Kenntnisse darüber, was dieses Aktionsbündnis vorhat, dadurch ermittelt werden konnten, dass wir eine engagierte Polizei und einen engagierten Verfassungsschutz haben. Wer will, dass wir diesen Rechtsextremisten das Handwerk legen und uns ihnen als Demokraten entgegenstellen, der kann und darf der Demokratie das Werkzeug und Instrument dazu nicht nehmen. Das sind Polizei und Verfassungsschutz, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Ich würde als Nächstes gerne auf die Mär eingehen, die Herr Kruse verbreitet hat, Sie hätten herausragenden Bürokratieabbau betrieben. – Ich sage Ihnen einmal, was wir vorgefunden haben: Wir haben Bezirksregierungen vorgefunden, die einen Stellenbesetzungsgrad von gerade noch 86 % hatten. In Teilbereichen der Bezirksregierungen waren Abteilungen derartig belastet, dass sie an die Grenze einer ordnungsgemäßen Aufgabenwahrnehmung gekommen sind. Aber noch viel schlimmer ist, Herr Kruse, was Sie draußen vor diesem Parlament als Bürokratieabbau verkauft haben. Das ist eine Chimäre.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Carina Gödecke)

Wir finanzieren nachträglich alleine die Konnexität mit 21 Millionen €. Ich sage es Ihnen ganz offen: Das, was Sie gemacht haben und wie Sie argumentiert haben, ist nicht in Ordnung.

Ein Letztes! Ich glaube, wir können stolz darauf sein, dass aufgrund der Versäumnisse der letzten Jahre Nordrhein-Westfalen das einzige Bundesland ist, das mehr, aber nicht weniger Polizei einstellt. Herr Kruse, darauf sollten wir in diesem Parlament insgesamt stolz sein. Stattdessen verfallen Sie in parteipolitisch motivierte Reflexe. Ärgerlich ist, dass gerade am Einzelplan 03 auszutragen, wo es eigentlich um die Sicherheit der Menschen in diesem Land geht. Das zu tun ist – ich sage es Ihnen ganz offen – nicht sachlich, sondern nur parteipolitisch

motiviert. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Weitere Wortmeldungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, aus Ihrem Kreis liegen mir nicht vor. – Frau Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hat um das Wort gebeten. Bitte schön, Frau Ministerpräsidentin.

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt, mit der Entscheidung zum Einzelplan 03, kommt es – anders als bis gestern gedacht – faktisch zu einer Entscheidung über den gesamten Haushalt 2012. Die rot-grüne Regierung hat einen guten Haushaltsentwurf vorgelegt, der klare politische Prioritäten abbildet:

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Heiterkeit und Widerspruch von der CDU)

Erstens. Wir stehen zur verfassungsrechtlichen Verpflichtung der Schuldenbremse.

(Christian Weisbrich [CDU]: Das ist doch gar nicht wahr!)

Wir wollen bis 2020 auf eine Neuverschuldung von null kommen. Deshalb haben wir Einsparungen in Höhe von 750 Millionen € eingestellt. Wir bleiben bei dem, was wir bereits politisch angekündigt haben: Wir sehen weitere Möglichkeiten, strukturell zusätzliche 360 Millionen € bei der Neuverschuldung abzusenken. Auch das haben wir in den vergangenen Tagen klar formuliert.

Zweitens. Für uns war und ist es aber auch immer klar, dass zu einer verantwortungsvollen Politik für Nordrhein-Westfalen gehört, in eine gute Zukunft zu investieren: in Kinder, Bildung, Vorbeugung und in die Handlungsfähigkeit unserer Kommunen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das ist für uns unverrückbar; denn das sichert den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen, Arbeitsplätze und Steuereinnahmen von morgen.

(Christian Weisbrich [CDU]: Nicht zu fassen!)

Wir haben alle Fraktionen eingeladen, mit uns gemeinsam einen verantwortungsvollen Weg zu gehen. Die Haushaltsberatungen bis zu diesem Zeitpunkt haben Folgendes gezeigt:

Die CDU erklärt, es müsse mehr und intensiver gespart werden. Die Daten, die dabei vorgestellt und die Vorschläge, die gemacht wurden, sind schlicht und einfach unseriös.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich nenne nur ein Beispiel: Sie sprechen von einer Einsparung zur Gegenfinanzierung von rund 600 Millionen €, die Sie über eine 4%ige Kürzung aller Förderprogramme erreichen wollen. Da wir alle gut rechnen können, hieße das: Wir gehen bei den Förderprogrammen von einer Grundlage von 14 Milliarden € aus. Wäre das so, bedeutete das, dass die 8 Milliarden € kommunaler Verbundmasse mit im Kürzungsbereich sind.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Gleichzeitig fordern Sie uns auf, beim Stärkungspakt noch einmal die gleiche Summe draufzulegen. Das ist keine seriöse Politik für Nordrhein-Westfalen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Die Gespräche mit FDP und Linkspartei waren intensiver. Die FDP hat bisher keine Anträge gestellt. Von daher können wir auch nicht erkennen, an welchen konkreten Punkten sie wie agieren würde. Wir haben immer deutlich gemacht, dass wir an dem Hauptziel, das die FDP benannt hat, nämlich der Erreichung der Null-Schulden-Grenze, festhalten.

Die Linkspartei dagegen hat Anträge vorgelegt, die weit über 1 Milliarde € zusätzliche Ausgaben bedeuten würden. Das ist keine verantwortungsvolle Politik für Nordrhein-Westfalen.

(Lebhafter Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Unser Maßstab ist und bleibt das Wohl dieses Landes. So haben wir in den letzten Monaten regiert. Aber wir können und wollen einer unverantwortlichen Schuldenpolitik nicht folgen;

(Lachen von der CDU)

denn dies belastet unsere Kinder und unsere Enkelkinder. Und mit Wunschdenken alleine lässt sich leider keine seriöse Politik machen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie haben ja noch nicht mal das Sozialticket!)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Entscheidung steht jetzt hier und heute an. Diese Entscheidung kann Ihnen, jedem Einzelnen, keiner abnehmen.

Ich halte auch nichts davon – das sage ich deutlich –, quasi auf Zeit zu spielen.

(Lebhafter Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Die Bürgerinnen und Bürger haben den Anspruch, zu wissen, woran sie bei den Fraktionen sind. Deshalb keine taktischen Spielchen, sondern, wie sie es gewohnt sind, klare Kante! Dafür stehen wir, und dafür stehe ich ganz persönlich.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sollte jetzt der Einzelplan des Innenministeriums keine Mehrheit finden, werde ich die Koalitionsfraktionen bitten, einen Antrag auf Selbstauflösung des Landtags zu stellen, um damit Neuwahlen einzuleiten.

(Lebhafter Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Dann müssen die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen entscheiden.

Es geht um viel: Es geht um das Wohl unseres Landes Nordrhein-Westfalen. – Vielen Dank.

(Langanhaltender lebhafter Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt zwei weitere Redewünsche aus dem Kreis der Fraktionen. Ich muss darauf hinweisen, dass die Ministerpräsidentin die Gesamtrededzeit der Landesregierung sehr marginal, nämlich um vier Sekunden, überzogen hat.

Ich sage das deshalb, weil die erste Wortmeldung durch den Fraktionsvorsitzenden der CDU, Herrn Laumann, erfolgt ist. Die CDU hat allerdings ihre Redezeit bereits um 1:14 Minuten überzogen, sodass ihr formal keine Redezeit mehr zusteht. Die zweite Wortmeldung kommt vom Fraktionsvorsitzenden der FDP, Herrn Dr. Papke. Die FDP hat noch 2:39 Minuten Redezeit. Ich würde mich gerne mit den beiden Schriftführern beraten, weil mir nach der Geschäftsordnung die Möglichkeit eröffnet ist, weitere Wortmeldungen zuzulassen, auch wenn die Redezeiten erschöpft sind. Deshalb würde ich gerne Herrn Dr. Papke zuerst das Wort erteilen, damit ich seine Redezeit nutzen kann, um eine Verständigung herbeizuführen. Trifft das auf Ihre Zustimmung?

(Beifall von der SPD)

Vielen Dank. – Herr Dr. Papke.

(Zuruf von der SPD: Abschiedsrede!)

Dr. Gerhard Papke (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Ministerpräsidentin, Sie haben in Ihren kurzen Bemerkungen noch einmal dargelegt, die Regierung hätte alle Oppositionsfraktionen eingeladen, um über den Haushalt zu sprechen. Das ist richtig. Wir haben diese Einladung – das darf ich für meine Fraktion sagen – auch angenommen.

In den letzten Tagen ist allerdings, für jeden ersichtlich, deutlich geworden, dass Ihre Koalition nicht insgesamt hinter der Einladung stand, die Sie ausgesprochen haben. Wir nehmen das ganz nüchtern zur Kenntnis. Für die nächste Woche hatten wir uns zu einem intensiveren Gespräch verabredet. Das

wird jetzt mutmaßlich nicht mehr zustande kommen. Damit werden wir uns entsprechend politisch befassen.

Wir waren im Interesse des Landes gesprächsbereit, um eine Haushaltspolitik mit in die Wege zu leiten, die dem Gebot der Generationengerechtigkeit Rechnung trägt und die Nordrhein-Westfalen auf einen Konsolidierungspfad führen könnte und würde, mit dem unser Land in Zukunft, spätestens bis 2020, ohne neue Schulden auskommt. Das war und ist Überzeugung und Haltung der Freien Demokratischen Partei.

(Beifall von der FDP)

Ich stelle zum Zweiten fest, Frau Ministerpräsidentin, dass der Haushaltsentwurf, den Sie dem Parlament vorgelegt haben, bei Weitem nicht ausreicht, um Nordrhein-Westfalen in eine gute Zukunft zu führen, und sehenden Auges das Verschuldungsverbot des Grundgesetzes reißen wird. Das ist und bleibt die Wahrheit.

(Beifall von der FDP)

Das gilt auch für Ihre mittelfristige Finanzplanung.

Unsere Haltung war in der ersten Lesung – und daran hat sich nichts geändert, meine Damen und Herren –: Ein solcher Haushaltsentwurf, der Nordrhein-Westfalen in den Verschuldungssumpf führt, ist für meine Fraktion weder zustimmungsfähig noch hinnehmbar.

Deshalb war von vornherein klar: Wir erwarten in Gesprächen substanzielle Verbesserungen im Sinne des Gebots der Generationengerechtigkeit.

Ich stelle jetzt fest: Offenbar ist Ihre Regierung insgesamt nicht bereit, ernste Gespräche mit uns oder auch anderen Oppositionsfraktionen über dieses Ziel zu führen. Das bedauern wir im Interesse des Landes; aber wir nehmen es zur Kenntnis.

Meine Damen und Herren, die FDP-Fraktion steht zu ihren Überzeugungen. Haushaltskonsolidierungen sind unumgänglich, um Nordrhein-Westfalen in eine gute Zukunft zu führen. Ihre Regierung, Frau Ministerpräsidentin, ist dazu bisher eben nicht bereit. Das ist der ganz entscheidende Punkt. Wir haben Ihnen Gespräche darüber angeboten. Diese Gespräche werden jetzt – und es lag nicht an uns – nicht mehr zustande kommen. Wir stehen zu unseren Überzeugungen als Freie Demokraten, und wir werden – verlassen Sie sich darauf – für unsere Überzeugungen kämpfen. – Ich danke Ihnen sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Papke. – Wir haben im sitzungsleitenden Präsidium eben einvernehmlich entschieden, dass jede Fraktion unabhängig davon, ob sie noch Redezeit hat – das trifft auf die Fraktion Bündnis 90/Die

Grünen zu – oder nicht, drei Minuten Redezeit bekommt. – Als Erstem erteile ich jetzt Herrn Laumann das Wort.

Karl-Josef Laumann (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin! Sie haben von Anfang an bei den Haushaltsberatungen 2012 keinen ehrlichen Haushalt vorgelegt,

(Beifall von der CDU)

weil Sie von Anfang an wussten, dass Sie für einen ehrlichen Haushalt in diesem Landtag keine Mehrheit haben.

Der Haushalt ist auf der Einnahmeseite überzeichnet. Nur das Land Nordrhein-Westfalen geht davon aus, dass in diesem Jahr die Steuereinnahmen um 7 % zunehmen; alle anderen öffentlichen Hände in Deutschland rechnen mit 5 %. Das macht 1 Milliarde €.

Sie haben im Haushalt eine zwingende Ausgabe auf der Ausgabenseite nicht aufgeführt: Sie wissen, dass hier wir die Eckpunkte zur Restrukturierung der WestLB verabschiedet haben. Sie haben einen Vertrag zwischen dem Bund, den Sparkassen und den Landesbanken paraphiert. Darin steht, dass 1 Milliarde am 30. Juni für die WestLB zur Verfügung zu stellen ist. Auch in diesem Punkt ist der Haushalt unehrlich.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

Wenn Sie heute für Ihren Haushalt keine Mehrheit haben, dann ist das das Dokument des Scheiterns einer unsoliden Finanzpolitik.

(Beifall von der CDU)

Es ist das Dokument des Scheiterns, für das, was Sie präventive Finanzpolitik genannt haben, jetzt richtig Schulden zu machen, um die Probleme zu lösen.

Wir werden die Menschen in Nordrhein-Westfalen vor die Frage stellen müssen, ob sie eine Landesregierung haben wollen, die dieses Land konsolidiert, die anknüpft an die Erfolge der Regierung von Jürgen Rüttgers, unter der wir schwer konsolidiert haben.

(Beifall von der CDU – Lachen und Zurufe von der SPD)

Wir werden die Wähler vor die Frage stellen, ob sie eine Landesregierung wollen, die eine Schuldenbremse für Nordrhein-Westfalen einhalten will, oder eine, die wie Sie eine Schuldenbremse als Entmündigung von Politik bezeichnet hat.

(Sören Link [SPD]: Die Westfalen haben keinen Humor!)

Und diese Auseinandersetzung werden wir in aller Sachlichkeit, aber auch in aller Deutlichkeit führen. Deswegen ist für meine Fraktion völlig klar: Wenn es heute für den Einzelplan 03 keine Mehrheit geben sollte, werden wir ebenfalls die Auflösung des nordrhein-westfälischen Landtages beantragen. – Schönen Dank.

(Lebhafter Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Laumann. – Für die Fraktion Die Linke hat sich der Fraktionsvorsitzende, Herr Zimmermann, gemeldet.

Wolfgang Zimmermann (LINKE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerpräsidentin! Wir haben bereits im September 2011 signalisiert, dass wir bereit sind, einen Haushalt passieren zu lassen, der wenigstens ein Stück weit für ein soziales und ökologisches Nordrhein-Westfalen sorgt.

(Beifall von der LINKEN)

Das wissen Sie seit dem September 2011. Wir sind mit vier konkreten Forderungen auf Sie zugegangen, und wir haben zwei Gespräche geführt. Es gab null Bewegung in den Kernforderungen, die wir deutlich gemacht haben.

Meine Damen und Herren, wir haben von vornherein gesagt, dass die vier Forderungen nicht ultimativ sind, sondern dass wir über sie verhandeln wollen. Wir haben deutlich gemacht, dass zumindest ein Teil Bedingung dafür ist, dass wir einen Haushalt mit einer Enthaltung passieren lassen können – zum Wohle des Landes Nordrhein-Westfalens.

(Beifall von der LINKEN)

Aber wenn wir sagen „zum Wohle des Landes Nordrhein-Westfalens“, dann meinen wir in erster Linie zum Wohle der Mehrheit der Menschen in diesem Lande und nicht für eine kleine Minderheit.

(Beifall von der LINKEN)

Uns geht es darum, dass es eine deutliche Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Mehrheit der Menschen in NRW gibt. Das wäre beispielsweise durch die Einführung eines landesweiten Sozialtickets für 15 € möglich gewesen.

(Beifall von der LINKEN)

Und das kostet nicht mehrere hundert Millionen Euro. Das ist nicht die Wahrheit, was Sie hier erzählen.

Sie haben diese Chance verpasst. Wir haben uns damals enthalten, damit Sie, Frau Kraft, Ministerpräsidentin werden konnten. Wir haben damals dafür gesorgt, dass es eine Minderheitsregierung in diesem Lande gibt und dass die unselige Vorgän-

gerregierung aus Schwarz-Gelb mit ihren Kürzungsorgien ein Ende hatte.

(Beifall von der LINKEN)

Wir haben von Ihnen verlangt, dass es einen Politikwechsel gibt. Den hat es ein Jahr lang gegeben, ganz zaghaft und vorsichtig. Dann hörte es auf. Mit dem Schulkonsens haben Sie Ihr Wahlversprechen „eine Schule für alle“ gebrochen.

(Beifall von der LINKEN)

Dann kam der Stärkungspakt für die Kommunalfinanzen. Das ist mit uns nicht zu machen. Das haben wir deutlich gesagt. Wir stehen auch zu unseren Überzeugungen, aber nicht zu einer Überzeugung, die für die Menschen in diesem Lande nur Nachteile bedeutet. Eine Kürzungsorgie, das, was die Kolleginnen und Kollegen von der FDP wollen, ist mit uns nicht zu machen.

Wir sind weiter – Frau Demirel hat es eben in ihrem Beitrag gesagt – gesprächsbereit. Aber Sie haben die Hand ausgeschlagen. Deshalb gibt es offensichtlich keine Möglichkeit mehr. Legen Sie uns einen vernünftigen Haushalt vor im Interesse der Menschen in diesem Lande. Dann können Sie auch mit unserer Unterstützung rechnen. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Zimmermann. – Für die Fraktion der SPD hat der Fraktionsvorsitzende, Herr Römer, das Wort.

Norbert Römer (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hat gerade noch einmal deutlich herausgestellt, was diese Koalition bisher geleistet hat.

(Zurufe von der CDU)

Wir haben, meine Damen und Herren, Wort gehalten. Wir haben das, was wir den Menschen versprochen haben, mit unserer Koalition mit einer Stimme unter der absoluten Mehrheit umgesetzt. Und wir haben dazu alle eingeladen. Mal war die CDU, Herr Kollege Laumann, an unserer Seite, eine vernünftige Politik zu unterstützen, mal die FDP, mal die Fraktion Die Linke, mal auch mehrere von ihnen.

Deshalb will ich eines feststellen und festhalten: Die Zeit der Regierungsverantwortung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen war nach fünfjähriger Enttäuschung über die Regierung Rüttgers eine gute Zeit für Nordrhein-Westfalen und für die Menschen im Land.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Mit unserer Politik haben wir – das gebe ich gerne zu – die Menschen gefordert, wir haben sie gefördert, wir haben ihnen vor allem Mut gemacht, neue Perspektiven in den Blick zu nehmen und mit uns in eine vernünftige Zukunft zu gehen. Deshalb, Herr Kollege Laumann, haben wir zu Beginn der Haushaltsplanberatungen für den Haushalt 2012 auch einen Haushalt vorgelegt, der Maß und Mitte entspricht,

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Enttäuschung!)

der beides in den Blick nimmt – darauf hat die Ministerpräsidentin hingewiesen –: eine klare Perspektive mit Blick auf null Schulden im Jahre 2020 auf den Weg zu bringen

(Lachen von der CDU)

und gleichzeitig die notwendigen Zukunftsinvestitionen zu machen.

(Zuruf von der CDU: Das glauben Sie ja selber nicht!)

Wir haben miteinander gesprochen. Ich hatte keine Illusionen. Herr Kollege Laumann, dass Sie uns, Herrn Priggen und mir, im ersten Gespräch sagen würden: „Wir können, egal wie der Haushalt aussieht, nie einem solchen Haushalt der rot-grünen Koalition zustimmen, wir können uns noch nicht einmal enthalten“, dafür habe ich viel Verständnis.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Gut!)

Mit den anderen beiden Fraktionen sind wir im Gespräch. Die Tür ist von uns offengehalten worden.

(Zuruf von der CDU: Das haben wir ja gerade gehört!)

Wenn Sie, Herr Kollege Papke und Herr Kollege Zimmermann, jetzt die Tür schließen, dann müssen Sie die Verantwortung dafür übernehmen. Wir haben Sie eingeladen, mit uns zu reden.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Lachen von Rüdiger Sagel [LINKE]: Herrlich!)

Deshalb in aller Klarheit: Die Ministerpräsidentin hat die beiden Regierungsfractionen gerade aufgefordert –

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Unglaublich!)

für den Fall, der sich ja abzeichnet, dass der Haushalt in der zweiten Lesung schon zu Fall gebracht wird –, die nötige Initiative zu ergreifen. Wir sagen den Menschen in Nordrhein-Westfalen: Wir haben uns angestrengt, wir haben uns bemüht, die anderen wollen nicht, wir stellen uns dem Wählervotum.

Herr Kollege Laumann, wir haben keine Neuwahlen angestrebt. Wir wollen sie nicht unbedingt haben, aber wir haben auch keine Angst davor. Deswegen sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit: Wir treten mit Stolz auf das, was wir geleistet haben, und vor allen

Dingen mit Zuversicht vor die Wählerinnen mit Wähler.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit, Herr Kollege.

Norbert Römer (SPD): Denn wir wollen es den Menschen ersparen, dass Sie noch einmal in die Verantwortung kommen. Sie sind Opposition, Sie bleiben Opposition. Wir bieten den Menschen eine Zukunftsperspektive. Deshalb bin ich froh darüber, dass hier endlich Klarheit herrscht. Wir werden für die nötige Klarheit sorgen. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Römer. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Fraktionsvorsitzende, Herr Priggen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Frau Ministerpräsidentin! Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Frau Ministerpräsidentin, herzlichen Dank für die klaren Worte. Ich will an der Stelle auch sagen: Ich bin – da kann ich meinem Kollegen Norbert Römer nur nachsprechen – stolz auf die Arbeit der letzten fast zwei Jahre.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Es gibt immer etwas zu kritisieren, das ist in Ordnung, aber wir haben – das kann man ganz nüchtern bewerten – in vielen Bereichen eine gute Arbeit geleistet, die dem entsprach, was wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben. Zu der Arbeitsleistung – das will ich gar nicht verheimlichen – haben abwechselnd einzelne Fraktionen beigetragen, weil wir von Anfang an wussten: Wir sind 90, und Sie sind zusammen 91. Das war so, das haben wir nicht vergessen. Deswegen ist ein Teil dessen auch in Kooperation, in Zusammenarbeit entstanden. Leitlinie war für uns aber immer die Koalitionsvereinbarung.

Wir wissen, dass die Haushaltssituationen nicht einfach sind, sondern schwierig, dass sie Opfer verlangen. Deswegen gibt es auch Grenzen für das, was man möchte, und Dinge, die durchaus positiv sein können, gehen nicht. Ich habe Sympathien für das Sozialticket – wir als Grüne und Sozialdemokraten haben es selber eingebracht –, aber die Vorstellungen der Linken sind einfach nicht zu verantworten.

Herr Kollege Laumann, ich will klar sagen – wir werden ja dann im Wahlkampf in die Diskussion über die Haushaltspolitik kommen –: Das, was Sie dargestellt haben, auch Ihre Einsparvorschläge, sind doch nicht echt, wenn Sie von 12.000 Stellen

reden, die Sie einsparen wollen, und nicht konkret werden. Frau Ministerpräsidentin hat es eben schon gesagt: Wenn Sie pauschal 4 % über alle Förderprogramme und gleichzeitig 350 Millionen € mehr für die Kommunen fordern, dann ist das alles nicht seriös gedeckt. Das ist die Fortsetzung dessen, was Sie früher gemacht haben.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich will auch sagen: Das ist kein leichter Moment. Wir wollten die gute Arbeit weiterführen und keine Neuwahlen. Aber es ist auch so: Wir arbeiten in Verantwortung für das Land, für 18 Millionen Menschen.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Wir haben in den letzten zwei Jahren sehr hart gearbeitet. Wir wollen aber nicht ein derartiges Erpressungsskarskarsell, sodass wir politisch nicht mehr vernünftig arbeiten können.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Deswegen ist das Ergebnis für mich klar. Wir haben eine gute Arbeit geleistet, aber es gibt noch ganz viel zu tun. Wir werden dafür antreten, dass wir eine stabile Mehrheit bekommen, um unsere Arbeit fortzusetzen. Das müssen wir jetzt machen, und dann müssen die Menschen entscheiden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Zum Schluss der Debatte hat die Ministerpräsidentin um das Wort gebeten. Frau Ministerpräsidentin.

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da wir an dieser entscheidenden Stelle sind, nutze ich die Gelegenheit, Dank zu sagen:

Danke an die Fraktionen von Rot und Grün für die gute Zusammenarbeit und für die unglaubliche Disziplin, die aufgebracht worden ist! Vielen Dank dafür!

Danke an die Kolleginnen und Kollegen aus dem Kabinett, insbesondere an meine Stellvertreterin Sylvia Löhrmann!

Und danke auch an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen aus den Fraktionen von CDU, FDP und Linkspartei!

Danke dafür, dass wir in den knapp zwei Jahren etwas vorangebracht haben, woran am Anfang niemand geglaubt hat und was – davon bin ich zutiefst überzeugt – der Demokratie in diesem Land gutgetan hat.

(Lebhafter Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Schon mit der Regierungsbildung und den Sondierungsgesprächen sind wir zum ersten Mal vertieft in den Dialog gegangen – mit allen. Ich habe das als bereichernd empfunden. Das sage ich deutlich. Wir werden ja in Wahlkampfauseinandersetzungen gehen – wie es aussieht –, da werden wir uns wahrscheinlich wieder mit anderer Wortwahl bedenken. Deshalb nutze ich diese Gelegenheit, Danke zu sagen für das, was zustande gekommen ist, insbesondere für die wirklich fruchtbaren Gespräche beim Schulkonsens und auch beim Stärkungspakt Stadtfinanzen.

Ich würde mir wünschen, dass wir durch den Wahlkampf kommen mit einem verschärften Blick, wie wir das in den letzten Monaten getan haben, auf die Inhalte und weniger mit ritualisierten Auseinandersetzungen. – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin. – Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen und auch nicht mehr vorliegen können, können wir hier die Beratung zum Einzelplan 03 schließen.

Wir kommen zur Abstimmung. Sie alle wissen, dass wir am Ende der Beratung zum Einzelplan 03 über die **Beschlussempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 15/4003** abstimmen. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt uns, den Einzelplan 03 unverändert anzunehmen.

Mittlerweile wissen Sie, glaube ich, auch alle, dass die Fraktion der CDU gemäß § 43 unserer Geschäftsordnung eine **namentliche Abstimmung** zu dieser Beschlussempfehlung beantragt hat.

Nach Abs. 2 dieses § 43 erfolgt die namentliche Abstimmung durch Aufrufen der Namen der Abgeordneten. Die Abstimmenden haben beim Namensaufruf mit Ja oder Nein zu antworten oder zu erklären, dass sie sich der Stimme enthalten.

Herr Kollege Sieveke wird gleich mit dem Namensaufruf beginnen. Da der Plenarsaal nicht nur mit Abgeordneten gefüllt ist, sondern auch mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung, der Fraktionen und der Landesregierung bitte ich an dieser Stelle wirklich um große Ruhe, damit der Namensaufruf ungestört durchgeführt und gehört werden kann.

Herr Kollege, bitte.

(Der Namensaufruf erfolgt. [Abstimmungsliste siehe Anlage])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen. – Es haben alle Kolleginnen und Kollegen abgestimmt, sodass ich

hiermit die Abstimmung schließen kann. Ich bitte die Schriftführer, die Auszählung vorzunehmen.

(Die Auszählung erfolgt.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, beide Schriftführer haben gezählt und sind zu demselben Ergebnis gekommen.

Ich gebe Ihnen das **Abstimmungsergebnis** der namentlichen Abstimmung bekannt. Mit Ja haben 90 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 91 Abgeordnete gestimmt. Weder eine Kollegin noch ein Kollege hat sich enthalten.

(Lebhafter Beifall von der CDU und von der FDP – Beifall von der LINKEN)

Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 15/4003**, die den Einzelplan 03 betrifft, **abgelehnt** worden.

Bevor ich den nächsten Einzelplan aufrufe und die Debatte dazu eröffne, hat der Kollege Herter für die Fraktion der SPD um das Wort zur Geschäftsordnung gebeten. – Herr Kollege Herter.

Marc Herter (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der Abstimmung bittet die Fraktion der SPD um eine Unterbrechung der Sitzung bis 15 Uhr. – Herzlichen Dank.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank. – Der Antrag auf Sitzungsunterbrechung ist gestellt. In diesem Hause gibt es die gute Tradition, dass dem auch stattgegeben wird.

Wir unterbrechen die Sitzung bis 15 Uhr. Sollte uns in der Zwischenzeit signalisiert werden, dass es früher weitergehen kann, bitten wir um entsprechende Nachricht. Dann würden wir die Fraktionen verständigen. – Vielen Dank.

(Unterbrechung von 12:46 Uhr bis 17:04 Uhr)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Gäste! Ich eröffne die unterbrochene Sitzung und darf Ihnen folgende Vereinbarungen der Fraktionen mitteilen:

Erstens. Die Fraktionen sind sich darüber einig, dass die **unterbrochene Beratung des Haushaltsgesetzes 2012** und der weiteren Haushaltsvorlagen ohne Abstimmung **beendet** sein soll.

Zweitens. Die in der Tagesordnung vermerkten **Tagesordnungspunkte 6 bis 13** – alle ohne Debatte – sollen noch **in der heutigen Sitzung behandelt** werden. Alle übrigen Tagesordnungspunkte gelten als erledigt.

Drittens. Als **neuer Tagesordnungspunkt 14** wird ohne Debatte ein Wahlvorschlag der Fraktion der CDU für die Nachwahl von einem ordentlichen und

einem stellvertretenden Mitglied in den Rundfunkrat des Westdeutschen Rundfunks Köln aufgenommen. Ich verweise auf die Drucksache 15/4292.

Viertens. Als **neuer Tagesordnungspunkt 15** wird ohne Debatte ein Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der FDP und der Fraktion Die Linke zur Änderung des Fraktionsgesetzes aufgenommen. Ich verweise auf die Drucksache 15/4293. Hierzu findet die erste und zweite Lesung statt.

Fünftens. Als **neuer Tagesordnungspunkt 16** werden ohne Debatte ein Antrag nach Art. 35 der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen der Fraktion der CDU – das ist die Drucksache 15/4290 – sowie ein entsprechender Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – das ist die Drucksache 15/4291 – aufgenommen.

Ich rufe nun auf:

6 Organstreitverfahren der Fraktion DIE LINKE im Landtag Nordrhein-Westfalen gegen

1. die Landesregierung Nordrhein-Westfalen

2. den Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen

wegen Verletzung des Vorherigkeitsprinzips (Art. 81 Abs. 3 Satz 1 LV NRW)

VerfGH 12/11

Vorlage 15/1073

Beschlussempfehlung
des Rechtsausschusses
Drucksache 15/4177

Eine Debatte ist nicht vorgesehen, sodass ich über die **Beschlussempfehlung** des Rechtsausschusses **Drucksache 15/4177**, in dem Verfahren nicht Stellung zu nehmen, abstimmen lasse. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Somit ist einstimmig **beschlossen**.

Ich rufe auf:

7 Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Behauptung des Kreises Soest und 16 weiterer Kreise und Städte, § 7 a Satz 2 bis 4 des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung des Zweiten Änderungsgesetzes vom 21.12.2010, GV.NRW. S. 692, verletze die Vorschriften der Landesverfassung über das Recht der gemeindlichen Selbstverwaltung

VerfGH 13/11

Vorlage 15/1123

Beschlussempfehlung
des Rechtsausschusses
Drucksache 15/4178

Auch hier ist eine Debatte nicht vorgesehen, sodass ich über die **Beschlussempfehlung** des Rechtsausschusses **Drucksache 15/4178**, in dem Verfahren nicht Stellung zu nehmen, abstimmen lasse. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dem nicht zu? – Wer enthält sich? – Damit haben wir auch hier einstimmig **beschlossen**.

Ich rufe auf:

8 Organstreitverfahren der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag gegen die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland wegen Verletzung des Frage- und Informationsrechts

2 BvE 7/11

Vorlage 15/1220

Beschlussempfehlung
des Rechtsausschusses
Drucksache 15/4179

Auch hier ist eine Debatte nicht vorgesehen, sodass ich über die **Beschlussempfehlung** des Rechtsausschusses **Drucksache 15/4179**, in dem Verfahren nicht Stellung zu nehmen, abstimmen lasse. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dem nicht zu? – Wer enthält sich? – Somit haben wir auch hier einstimmig **beschlossen**.

Ich komme zu:

9 Organstreitverfahren der Bundestagsabgeordneten Dr. Schick, Ströbele, Dr. Hofreiter, Hermann und der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Bundesregierung wegen Verletzung des Frage- und Informationsrechts

2 BvE 2/11

Vorlage 15/1246

Beschlussempfehlung
des Rechtsausschusses
Drucksache 15/4180

Eine Debatte ist nicht vorgesehen. Ich lasse daher über die **Beschlussempfehlung** des Rechtsausschusses **Drucksache 15/4180** abstimmen, in dem Verfahren nicht Stellung zu nehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist auch

diese Beschlussempfehlung einstimmig **angenommen**.

Wir kommen zu:

10 Vereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Nordrhein-Westfalen zur Förderung der Forschung auf dem Gebiet der Bioökonomie

Vorlage
des Ministeriums
für Innovation, Wissenschaft und Forschung
gemäß § 10 Abs. 4 LHO
Vorlage 15/1173

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 15/4205

Eine Debatte ist nicht vorgesehen. Wir kommen deshalb unmittelbar zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt, die Unterrichtung in der Vorlage 15/1173 zur Kenntnis zu nehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dem nicht zu? – Wer enthält sich? – Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 15/4205 angenommen** und die Unterrichtung zur Kenntnis genommen.

Ich rufe auf:

11 Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 4. Quartal des Haushaltsjahres 2011 sowie Überschreitungen unter 25.000 € im gesamten Haushaltsjahr 2011

Antrag
des Finanzministeriums
gemäß Art. 85 Abs. 2
der Landesverfassung
Vorlage 15/1303

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 15/4237

Eine Debatte ist auch hier nicht vorgesehen. Wir kommen deshalb unmittelbar zur Abstimmung. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 15/4237** bei Enthaltung der Fraktionen der CDU und der FDP und bei Zustimmung der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke **angenommen**.

Ich komme zu:

12 In den Ausschüssen erledigte Anträge

Übersicht 19
gemäß § 79 Abs. 2
der Geschäftsordnung
Drucksache 15/4238

Die Übersicht 19 enthält drei Anträge, die vom Plenum nach § 79 Abs. 2 Buchstabe c an die Ausschüsse zur abschließenden Beratung überwiesen worden sind. Das Abstimmungsverhalten der Fraktionen ist aus der Übersicht ersichtlich.

Ich lasse nun über die Bestätigung des **Abstimmungsverhaltens** der Fraktionen in den Ausschüssen entsprechend der **Übersicht 19 Drucksache 15/4238** abstimmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dem nicht zu? – Wer enthält sich? – Damit sind die Abstimmungsergebnisse der Ausschüsse **bestätigt**.

Ich rufe auf:

13 Beschlüsse zu Petitionen

Übersicht 15/22

Mit der Übersicht 22 liegen Ihnen Beschlüsse zu Petitionen vor. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Ist jemand mit den Beschlüssen nicht einverstanden? – Das ist auch nicht der Fall. Dann stelle ich gemäß § 91 Abs. 8 unserer Geschäftsordnung fest, dass damit die **Beschlüsse zu Petitionen** in der **Übersicht 15/22 bestätigt** sind.

Ich rufe auf:

14 Nachwahl von einem ordentlichen und einem stellvertretenden Mitglied in den Rundfunkrat des Westdeutschen Rundfunks

Wahlvorschlag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/4292

Eine Debatte ist nicht vorgesehen. Wir kommen zur Abstimmung über den Wahlvorschlag. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Wahlvorschlag Drucksache 15/4292 angenommen**.

Ich rufe auf:

15 Sechstes Gesetz zur Änderung des Fraktionsgesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/4293

erste und zweite Lesung

Eine Debatte ist nicht vorgesehen. Wir kommen deshalb direkt zur Abstimmung in erster Lesung über den Gesetzentwurf. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Somit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 15/4293 in erster Lesung angenommen.**

Die Fraktionen haben sich einvernehmlich darauf verständigt, die zweite Lesung in der heutigen Plenarsitzung unmittelbar im Anschluss an die erste Lesung durchzuführen. – Ich sehe, hiergegen gibt es keinen Widerspruch.

Daher rufe ich den Gesetzentwurf in zweiter Lesung auf.

Auch hier ist eine Debatte nicht vorgesehen. Wir kommen deshalb direkt zur Abstimmung in zweiter Lesung über den Gesetzentwurf. Wer ihm auch in der zweiten Lesung seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 15/4293 in zweiter Lesung angenommen.**

Ich rufe nun auf:

16 Antrag nach Artikel 35 Landesverfassung Nordrhein-Westfalen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/4290

Und:

Antrag nach Artikel 35 Abs. 1 der Landesverfassung

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/4291

Eine Debatte ist nicht vorgesehen. Wir kommen deshalb zur Abstimmung über die Anträge. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Auch das ist ein einstimmiger Beschluss des Landtags Nordrhein-Westfalen. Somit sind die **Anträge Drucksache 15/4290 und Drucksache 15/4291 einstimmig angenommen.** Damit gilt der **Landtag als aufgelöst.**

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende unserer heutigen Tagesordnung und auch am Ende dieser Wahlperiode des Landtags Nordrhein-Westfalen.

Vielen Dank für Ihre konstruktive Mitarbeit!

Ich wünsche Ihnen noch einen angenehmen Abend.

(Heiterkeit – Beifall von der SPD und von der LINKEN)

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:17 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.

Anlage

Namentliche Abstimmung über die Beschlussempfehlung Drucksache 15/4003 – TOP 1 (Haushalt 2012)

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		
			ja	nein	Stimm- ent- haltung
1	Herr Abruszat	FDP		X	
2	Herr Aggelidis	LINKE		X	
3	Frau Akbayir	LINKE		X	
4	Frau Altenkamp	SPD	X		
5	Frau Asch	GRÜNE	X		
6	Herr Atalan	LINKE		X	
7	Herr Becker, Andreas	SPD	X		
8	Herr Becker, Horst	GRÜNE	X		
9	Frau Beer	GRÜNE	X		
10	Herr Dr. Behrens	SPD	X		
11	Herr Bell	SPD	X		
12	Herr Dr. Berger	CDU		X	
13	Herr Berghahn	SPD	X		
14	Frau Beuermann	LINKE		X	
15	Herr Bialas	SPD	X		
16	Herr Biesenbach	CDU		X	
17	Frau Birkhahn	CDU		X	
18	Herr Bischoff	SPD	X		
19	Herr Börschel	SPD	X		
20	Freifrau von Boeselager	CDU		X	
21	Frau Böth	LINKE		X	
22	Herr Bolte	GRÜNE	X		
23	Herr Prof. Dr. Bovermann	SPD	X		
24	Frau Brems	GRÜNE	X		
25	Herr Dr. Brinkmeier	CDU		X	
26	Herr Brockes	FDP		X	
27	Frau Brunert-Jetter	CDU		X	
28	Frau Dr. Butterwegge	LINKE		X	
29	Herr Clauser	CDU		X	

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		
			ja	nein	Stimm- ent- haltung
30	Frau Conrads	LINKE		X	
31	Herr Dahm	SPD	X		
32	Frau Demirel	LINKE		X	
33	Herr Deppe	CDU		X	
34	Frau van Dinther	CDU		X	
35	Frau Doppmeier	CDU		X	
36	Herr Dr. Droste	CDU		X	
37	Herr Dudas	SPD	X		
38	Frau Düker	GRÜNE	X		
39	Herr Eiskirch	SPD	X		
40	Herr Ellerbrock	FDP		X	
41	Herr Engel	FDP		X	
42	Herr Engstfeld	GRÜNE	X		
43	Herr Exler	CDU		X	
44	Frau Fasse	CDU		X	
45	Herr Fehring	CDU		X	
46	Herr Fortmeier	SPD	X		
47	Frau Freimuth	FDP		X	
48	Herr Garbrecht	SPD	X		
49	Herr Gatter	SPD	X		
50	Frau Gebhard	SPD	X		
51	Herr Dr. Geerlings	CDU		X	
52	Herr Giebels	CDU		X	
53	Frau Gödecke	SPD	X		
54	Herr Golland	CDU		X	
55	Frau Gottschlich	SPD	X		
56	Herr Große Brömer	SPD	X		
57	Herr von Grünberg	SPD	X		
58	Herr Dr. Hachen	CDU		X	
59	Herr Hafke	FDP		X	
60	Herr Hahnen	SPD	X		
61	Frau Hanses	GRÜNE	X		
62	Herr Hauser	CDU		X	

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		
			ja	nein	Stimm- ent- haltung
63	Frau Hendricks	SPD	X		
64	Herr Herter	SPD	X		
65	Herr Hilser	SPD	X		
66	Herr Hovenjürgen	CDU		X	
67	Frau Howe	SPD	X		
68	Herr Hübner	SPD	X		
69	Herr Jäger	SPD	X		
70	Herr Jahl	SPD	X		
71	Herr Jörg	SPD	X		
72	Herr Jostmeier	CDU		X	
73	Herr Kaiser	CDU		X	
74	Herr Kamieth	CDU		X	
75	Herr Keymis	GRÜNE	X		
76	Frau Kieninger	SPD	X		
77	Herr Kleff	CDU		X	
78	Herr Klocke	GRÜNE	X		
79	Frau Klöpper	CDU		X	
80	Herr Körfges	SPD	X		
81	Frau Kopp-Herr	SPD	X		
82	Frau Kraft	SPD	X		
83	Herr Kramer	SPD	X		
84	Herr Krückel	CDU		X	
85	Herr Kruse	CDU		X	
86	Herr Kuhmichel	CDU		X	
87	Herr Kuschke	SPD	X		
88	Herr Kutschaty	SPD	X		
89	Herr Laschet	CDU		X	
90	Herr Laumann	CDU		X	
91	Herr Lehne	CDU		X	
92	Herr Lienenkämper	CDU		X	
93	Herr Link	SPD	X		
94	Frau Löhrmann	GRÜNE	X		
95	Herr Löttgen	CDU		X	

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		
			ja	nein	Stimm- ent- haltung
96	Herr Lohn	CDU		X	
97	Frau Lück	SPD	X		
98	Frau Lüders	SPD	X		
99	Frau Lux	SPD	X		
100	Frau Maaßen	GRÜNE	X		
101	Herr Maelzer	SPD	X		
102	Herr Markert	GRÜNE	X		
103	Herr Meesters	SPD	X		
104	Herr Michalowsky	LINKE		X	
105	Frau Milz	CDU		X	
106	Herr Möbius	CDU		X	
107	Herr Moritz	CDU		X	
108	Herr Mostofizadeh	GRÜNE	X		
109	Herr Müller	CDU		X	
110	Herr Neumann	SPD	X		
111	Herr Ortgies	CDU		X	
112	Herr Dr. Orth	FDP		X	
113	Herr Ott	SPD	X		
114	Herr Palmen	CDU		X	
115	Herr Dr. Papke	FDP		X	
116	Frau Paul	GRÜNE	X		
117	Herr Dr. Petersen	CDU		X	
118	Frau Pieper-von Heiden	FDP		X	
119	Herr Post	CDU		X	
120	Herr Preuß	CDU		X	
121	Frau Preuß-Buchholz	SPD	X		
122	Herr Priggen	GRÜNE	X		
123	Herr Rasche	FDP		X	
124	Herr Ratajczak	CDU		X	
125	Herr Recker	CDU		X	
126	Herr Remmel	GRÜNE	X		
127	Herr Rickfelder	CDU		X	
128	Herr Römer	SPD	X		

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		
			ja	nein	Stimm- ent- haltung
129	Herr Dr. Romberg	FDP		X	
130	Herr Roth	SPD	X		
131	Herr Rüße	GRÜNE	X		
132	Herr Dr. Rüttgers	CDU		X	
133	Frau Ruhkemper	SPD	X		
134	Herr Sagel	LINKE		X	
135	Frau Schäfer, Ute	SPD	X		
136	Frau Schäffer, Verena	GRÜNE	X		
137	Herr Scheffler	SPD	X		
138	Herr Schemmer	CDU		X	
139	Herr Schittges	CDU		X	
140	Herr Schmeltzer	SPD	X		
141	Frau Schneckenburger	GRÜNE	X		
142	Herr Dr. Schoser	CDU		X	
143	Herr Schroeren	CDU		X	
144	Herr Schultheis	SPD	X		
145	Frau Schulze	SPD	X		
146	Frau Schulze Föcking	CDU		X	
147	Herr Seel	CDU		X	
148	Frau Dr. Seidl	GRÜNE	X		
149	Herr Sieveke	CDU		X	
150	Herr Solf	CDU		X	
151	Frau Steffens	GRÜNE	X		
152	Frau Steininger-Bludau	SPD	X		
153	Herr Prof. Dr.Dr. Sternberg	CDU		X	
154	Herr Stinka	SPD	X		
155	Herr Stotko	SPD	X		
156	Frau Stotz	SPD	X		
157	Herr Sundermann	SPD	X		
158	Herr Tenhumberg	CDU		X	
159	Herr Töns	SPD	X		
160	Herr Ünal	GRÜNE	X		
161	Herr Uhlenberg	CDU		X	

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		
			ja	nein	Stimm- ent- haltung
162	Frau Veldhues	SPD	X		
163	Frau Verpoorten	CDU		X	
164	Herr Vogt	SPD	X		
165	Frau Voigt-Küppers	SPD	X		
166	Frau Vosseler	CDU		X	
167	Herr Vossemer	CDU		X	
168	Herr Weisbrich	CDU		X	
169	Herr Weiß	SPD	X		
170	Herr Wiedon	CDU		X	
171	Herr Wimmer	CDU		X	
172	Herr Wirtz, Axel	CDU		X	
173	Herr Wirtz, Josef	CDU		X	
174	Herr Witzel	FDP		X	
175	Herr Dr. Wolf, Ingo	FDP		X	
176	Herr Wolf, Sven	SPD	X		
177	Herr Wüst	CDU		X	
178	Herr Yetim	SPD	X		
179	Herr Yüksel	SPD	X		
180	Herr Zimkeit	SPD	X		
181	Herr Zimmermann	LINKE		X	
	Ergebnis		90	91	–